

## **Südosteuropa in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft am Beispiel des „Unabhängigen Staates Kroatien“**

Von HOLM SUNDHAUSEN (München)

Zu den vorrangigen Zielen der seit der nationalsozialistischen Machtergreifung betriebenen Politik des „Neuen Plans“ gehörte die Errichtung des „Wirtschaftsraumes Großdeutschland-Südost“. Bei der Realisierung dieses Projekts trafen die Interessen des deutschen Großkapitals auf der einen, die niemals völlig aufgegebene „Mitteleuropa“-Konzeption des deutschen Imperialismus<sup>1)</sup> und die daraus von nationalsozialistischen Theoretikern entwickelte „Großraum“-Ideologie auf der anderen Seite<sup>2)</sup> mit den durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen einschneidenden Umstrukturierungen des Binnen- und Außenwirtschaftssystems der meisten europäischen Staaten zusammen. Mit dem Ende der liberalen Weltwirtschaft, als die „zyklischen“ Krisen einer „chronischen Stagnation mit leichten Fluktuationen“ wichen<sup>3)</sup>, trat an die Stelle des automatischen der vom Staat gesteuerte Konjunkturablauf, was sowohl zur verstärkten Monopolbildung als auch zur staatlichen Kontrolle des Wirtschaftslebens führte. Im Außenhandel wurde der multilaterale durch den bilateralen Austausch weitgehend ersetzt und die Herausbildung geschlossener Wirtschaftsräume forciert. Das rohstoffabhängige, aber unter ständigem Devisenmangel leidende Deutschland konnte nicht wie das Britische Imperium, die USA oder UdSSR auf einen großen inneren Markt zurückgreifen, weshalb man

---

<sup>1)</sup> Vgl. dazu die Schriften von *Friedrich Naumann* und deren ideologiegeschichtliche Analyse durch *Werner Conze*: *Friedrich Naumann, Grundlagen und Ansatz seiner Politik in der nationalsozialen Zeit (1895—1903)*, in: *Schicksalswege deutscher Vergangenheit. Beiträge zur geschichtl. Deutung der letzten hundertfünfzig Jahre*, Festschr. f. S. A. Kaehler, hrsg. v. W. Hubatsch, Düsseldorf 1950, S. 355—386 und *Zd. Jindra*, *Über die ökonomischen Grundlagen der „Mitteleuropa“-Ideologie des deutschen Imperialismus*, in: *Probleme der Ökonomie und Politik in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa vom 17. Jh. bis zur Gegenwart*, Berlin 1960, S. 139 ff.

<sup>2)</sup> S. dazu *Achim Bay*, *Der nationalsozialistische Gedanke der Großraumwirtschaft und seine ideologischen Grundlagen*, Wirtschaftswiss. Diss. Erlangen/Nürnberg 1962 (Masch.) u. *Lothar Gruchmann*, *Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“*, Stuttgart 1962 (Schriftenreihe d. Vjh. f. Zeitgesch., 4).

<sup>3)</sup> *Wilhelm Treue*, *Wirtschaft und Politik 1933—45*, Hannover o. J. (Beiträge zur Gesch. d. jüngsten Vergangenheit, 4), S. 38.

offen von der Notwendigkeit einer Neuaufteilung oder „Neuordnung der Welt in Lebensräume“<sup>4)</sup>, d. h. der Ausrichtung der europäischen Randländer auf die ökonomischen Bedürfnisse des Reiches sprach. Oder anders ausgedrückt: Die Anpassung an die Erfordernisse Großdeutschlands entsprach bei Staaten, die auf Grund ihrer geopolitischen Lage nach Mitteleuropa „gravitierten“, „durchaus einem kategorischen Imperativ“<sup>5)</sup>. Deutschland, das ebenso wie die südosteuropäischen Länder besonders hart von der Weltwirtschaftskrise betroffen worden war<sup>6)</sup>, wurde durch die produktionswirtschaftliche Desintegration in Europa mit der Zurückziehung Englands, Frankreichs, Belgiens und der Niederlande auf ihre Kolonien sowie durch die iberische und baltische Klausel veranlaßt, seinen Außenhandel mit den südosteuropäischen Ländern zu intensivieren. Hinzu kam das Bestreben des Dritten Reiches, seine Einfuhr schon aus wehrwirtschaftlichen Gründen von den überseeischen Lieferanten auf benachbarte kontinentale Länder zu verlagern.

„Der deutsche Wunsch nach Ausdehnung seiner Agrar- und Rohstoffeinfuhren und einer sicheren deutschen Fertigwarenausfuhr harmonisierte mit dem Wunsch der südosteuropäischen Länder, die strukturellen und konjunkturellen Absatzschwierigkeiten zu beheben durch die Ausfuhr in ein Land, das als einziges in Europa wegen seiner fehlenden kolonialen Bindungen in der Lage war, große Partien zu hohen Preisen laufend abzunehmen, und die Industrialisierung durch die verstärkte Einfuhr von Industrieprodukten aus Deutschland zu fördern.“<sup>7)</sup>

Zielbewußt zog man in industriellen Kreisen des Reiches — führend war die westliche Schwerindustrie — die Schlußfolgerung, daß Deutschland und die Donau-Balkanländer wegen ihres „wirtschaftlichen Schicksals“ in besonderem Maße aufeinander angewiesen seien<sup>8)</sup>. Mit der allmählichen Verdrängung der Westmächte vom südosteuropäischen Markt und dem Abschluß des als Vorbild betrachteten deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrags von 1939<sup>9)</sup> begann dann die Konstituierung der „mittel-südosteuropäischen Lebensraumgemeinschaft“ bzw. die Herausbildung des „kontinentaleuropäischen Groß-

---

4) Zum Begriff des „Lebensraums“ vgl. Werner Daitz, Echte und unechte Großräume, Gesetze des Lebensraumes, in: Nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft, Jb. 1942 (Dresden), S. 59 ff., weitere Literaturangaben bei Bay, a.a.O., S. 4, Anm. 1.

5) Otto Leibrock, Der Südosten, Großdeutschland und das neue Europa, Berlin 1941, S. 331 f.

6) Eckhard Weber, Stadien der Außenhandelsverflechtung Ostmittel- und Südosteuropas, Stuttgart 1971 (Ökonomische Studien, 19), S. 11 ff.

7) Ebenda, S. 55.

8) Leibrock, a.a.O., S. 122 f.

9) Vgl. dazu Gerda Schwabe, Der Deutsch-Rumänische Wirtschaftsvertrag vom 23. März 1939. Diss. Akad. f. Staats- u. Rechtswiss. „Walter Ulbricht“, Potsdam-Babelsberg 1968 (Masch.) u. für die anschließende Zeit N. N. Constantinescu, L'exploitation et le pillage de l'économie roumaine par l'Allemagne hitlerienne dans la période 1939—1944: *Revue roumaine d'histoire*, 3 (1964), S. 93—114.

wirtschaftsraumes unter deutscher Führung<sup>10)</sup> und mit einem erdrückenden ökonomischen Übergewicht des Reiches. Die Hauptgläubiger der südosteuropäischen Staaten zwischen den Weltkriegen, Großbritannien und Frankreich, hatten dem deutschen Wirtschafts-„Drang nach Südosten“ kein attraktives kommerzielles Angebot entgegenzusetzen. „Spät, zu spät mußte London erkennen, daß es vor dem Kriege dem Donau- und Balkanraum keine zuverlässige Alternative zu einer Satellitenrolle im deutschen ‚Großwirtschaftsraum‘ aufgewiesen und praktisch nichts getan hatte, um zusammen mit Frankreich und den USA die wirtschaftliche Selbständigkeit des Südostens als Grundlage auch der politischen Souveränität zu stabilisieren.“<sup>10a)</sup> Die britische Politik des „Economic Appeasement“ und die durch den „bereits anachronistisch anmutenden Laissez-Faire-Kapitalismus bedingte Abneigung gegen eine übermäßige Überfrachtung des Kommerz mit machtpolitischen Zielsetzungen“ hatten die Einbeziehung Südosteuropas in den deutschen Großraum oder — wie man gelegentlich in England formulierte — in das deutsche „Dominion“ geduldet, wenn nicht gefördert.

Es verstand sich unter diesen Umständen von selbst, daß die südosteuropäischen Länder von Anfang an in die Vorbereitungen auf eine deutsche Kriegswirtschaft einbezogen wurden. Die nationalsozialistischen Maßnahmen zielten darauf ab, „die gesamten wirtschaftlichen Kräfte Europas für den Krieg zu mobilisieren“<sup>11)</sup> bzw. „ein Höchstmaß an wirtschaftlichen Leistungen aus diesen Ländern herauszuholen, ohne dadurch die finanzwirtschaftliche Ordnung zu zerstören und ohne die deutsche Wirtschaft mit immer stärkeren Hypotheken zu belasten“<sup>12)</sup>. Die Aufgaben der deutschen Außenwirtschaft konzentrierten sich in erster Linie auf die Erschließung und Einfuhr von Bodenschätzen, den Ausbau der Kapitalverflechtungen, die Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials und die Ausnutzung aller verfügbaren Produktionskapazitäten. In einer Ausarbeitung des „Reichsamtes für wehrwirtschaftliche Planung“ vom März 1939 wurde die rohstoffwirtschaftliche Bedeutung des Südostraums (einschließlich der Türkei) für die Wehrwirtschaft Deutschlands analysiert<sup>13)</sup>. 1938 waren 17% der deutschen Ein- und Ausfuhr auf Südosteuropa entfallen. Im Außenhandel der südosteuropäischen Länder hatte das

---

<sup>10)</sup> Leibrock, a.a.O., S. 38.

<sup>10a)</sup> B. J. Wendt, England und der deutsche „Drang nach Südosten“. Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. (Fritz Fischer zum 65. Geburtstag), hrsg. v. I. Geiss u. B. J. Wendt, Düsseldorf 1973, S. 510.

<sup>11)</sup> Konzept einer Rede (*Funks?*), o. D., wahrscheinlich von Ende 1943 über Preis- u. Finanzierungsprobleme im deutschen Außenhandel, Bundesarchiv Koblenz (BA), R 7 X/327, fol. 28—40, hier: fol. 32.

<sup>12)</sup> Schreiben des Reichsfinanzministers *Schwerin v. Krosigk* Y 5090—60 Vg v. 15. VII. 42 an verschiedene Reichsbehörden, betr. zweckmäßigere Gestaltung der finanzwirtschaftlichen Beziehungen zu den außerdeutschen Gebieten zur Sicherung eines kriegswirtschaftlichen Optimums, BA, R 7 X/327, fol. 18—26, hier: fol. 18.

<sup>13)</sup> BA, R 7 X/323, fol. 40 ff.

Großdeutsche Reich sogar Anteile bis über 50 % erreicht<sup>14)</sup>. Nach Überwindung der verkehrswirtschaftlichen Engpässe konnte selbst im Kriegsfall nach Auffassung des Reichsamtes mit einer weiteren Steigerung dieser Anteilsätze gerechnet werden, sofern eine Umleitung der Seetransporte auf den Landweg möglich wurde. Entscheidend aber war die Frage, ob Südosteuropa im Rahmen der deutschen Kriegswirtschaft nennenswerte oder ausschlaggebende Beiträge liefern konnte. Im Bereich der Ernährungswirtschaft war dies unbedingt zu bejahen. Schwieriger war das Problem hinsichtlich des Bezugs von Industrierohstoffen. Hierbei war zu klären, inwieweit die in Frage kommenden Lieferländer eine eigene Schwerindustrie aufbauen würden. Das Dritte Reich war jedenfalls entschlossen, diesen Prozeß nur insoweit zu fördern oder zu dulden, als es den eigenen Wirtschaftsinteressen bzw. denen der deutschen Industrie entsprach. In der Ausarbeitung des Reichsamtes folgt in diesem Zusammenhang ein für die NS-Wirtschaftspolitik in Südosteuropa entscheidender Passus: „Die z. T. mangelhafte Ausstattung der Südostländer mit Koks- kohle gibt dem Deutschen Reich weitgehend die Möglichkeit in die Hand, das Ausmaß der schwerindustriellen Entwicklung der Südostländer zu bestimmen.“ Die Rohstoffzufuhr für die eigene Produktion durfte keinesfalls gefährdet werden: Das rumänische Erdöl mußte ebenso zur Verfügung stehen wie die großen Bestände an Eisenerzen in Jugoslawien und Griechenland. Auch auf dem NE-Metallsektor bestanden kriegswichtige Entlastungsmöglichkeiten: bei Blei konnte mit Zuschüssen von 70 000 t, bei Zink von 50 000 t, bei Kupfer von 40 000 t, bei Nickel bis zu etwa 1200 t, bei Bauxit, Antimon und Chrom mit Zuschüssen bis zur vollen deutschen Bedarfshöhe und mehr gerechnet werden.

<sup>14)</sup> Der deutsche Anteil am Außenhandel Südosteuropas bzw. der Donauländer 1933/40 (in v. H.)

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Südost- europa	nur Donau- länder	Südost- europa	nur Donau- länder
1933	18,44	19,55	15,35	14,15
1934	19,66	17,88	22,72	19,56
1935	25,92	25,01	25,69	21,94
1936	33,77	34,02	29,62	26,46
1937	32,86	32,80	26,32	23,52
1938 (a)	40,07	41,28	40,73	29,99
1939 (b)	50,61	56,58	46,08	49,72
1940 (c)	54,01	62,32	46,36	50,82

a) einschließl. Österreich; b) einschließl. d. „Protektorats“; c) Griechenld. nur bis zum Kriegsausbruch im Sept. d. J.

Quelle: Otto Schulmeister, *Werdende Großraumwirtschaft. Die Phasen ihrer Entwicklung in Südosteuropa*, Berlin 1943, S. 52. Eine übersichtliche Zusammenfassung der Außenhandelsbeziehungen zwischen Südosteuropa (begrenzt auf Bulgarien, Rumänien und Ungarn) und dem Dritten Reich bis 1938 bei Weber, a.a.O., S. 21 ff.

Die Verfügung über Jugoslawiens und Ungarns Bauxitschätze war für Deutschland „lebenswichtig“ und mußte daher nach Auffassung des Reichsamtes „unter allen Umständen mit drakonischen Mitteln gesichert werden“<sup>15)</sup>. Auch der Holzbedarf des Reiches konnte mit einiger Sicherheit aus dem im gesamten Großraum vorhandenen Waldgebieten gedeckt werden<sup>16)</sup>.

Parallel zu den staatlichen Planungen — doch nicht ohne Interferenz mit ihnen — gestalteten sich die Überlegungen der großen Konzerne im Reich und ihrer monopolartigen Dachverbände. Schon 1931 war der sieben Jahre zuvor in Wien gegründete „Mitteleuropäische Wirtschaftstag“ (MWT) zu dem ausschließlichen Zweck der Förderung und Entwicklung privatwirtschaftlicher Beziehungen mit Südosteuropa umgestellt worden<sup>17)</sup>. Am 21. Oktober 1938 wurde dann von der IG-Farbenindustrie ein „Südostausschuß“ konstituiert<sup>18)</sup>, der 1940/41 ausführliche „Länderberichte“ oder sog. Wunschmaterialien zusammenstellte. Ende Juni 1940 teilte der Konzern dem Reichswirtschaftsministerium (RWM) mit, daß die „Vorarbeiten für die eigentliche Gestaltung des europäischen Großraums als solchem unter Einbezug des nordischen und südosteuropäischen Raumes sowie der Schweiz ... eingeleitet“ worden seien<sup>19)</sup>. Zur gleichen Zeit legten ferner auch die Deutsche Bank und die beiden Fachgruppen Metallerzbergbau und Metallerzeugende Industrie einen „Südosteuropaplan“ bzw. detaillierte Ausarbeitungen über die Erzvorkommen in neun europäischen Ländern vor<sup>20)</sup>. Für die Untersuchung der Zusammenarbeit von Staatsapparat auf der einen und Industriebetrieben sowie Banken auf der anderen Seite ist es relativ unerheblich, von wem im einzelnen die Initiative zum Handeln ausging. Die Tätigkeit beider Faktoren ergänzte sich in einem Maße, daß die Trennung hinfällig wird. Die Expansionswünsche der deutschen Wirtschaft beeinflussten die staatlichen Organe bei ihrer Planung in eben dem Maße, wie diese ihrerseits im Verfolg einer aggressiven Außen- und Kriegspolitik die Realisierung dieser Wünsche ermöglichte. Die Zusammenarbeit konnte dabei sehr vielfältige Formen annehmen, von denen nur noch eine

---

<sup>15)</sup> Ausarbeitung des Reichsamtes f. wehrwirtschaftl. Planung vom März 1939 über die rohstoffwirtschaftl. Bedeutung des Südostraumes für die dt. Wehrwirtschaft, BA, R 7 X/323, fol. 40 ff.

<sup>16)</sup> Ebenda, fol. 46: Entlastung der deutschen Rohstoffversorgung durch den Südostraum (Deutsche Erzeugungs-, Verbrauchs- und Bedarfszahlen nur für das „Altreich“). Siehe Faltkarte 1.

<sup>17)</sup> Leibrock, a.a.O., S. 133.

<sup>18)</sup> Hans Radandt, Die IG Farbenindustrie AG in Südosteuropa 1938 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1967 (Berlin), T. 1, S. 77 f.

<sup>19)</sup> Zit. nach Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 bis 1945, Bd. 1, Berlin 1969, S. 171 f. Vgl. dazu auch J. Schmelzer, Unternehmen Südost. Südosteuropapläne der IG-Farben-Industrie A.G. über Südosteuropa, Wolfen 1966 und Hans Radandt, Berichte der Volkswirtschaftl. Abt. der IG Farbenindustrie über Südosteuropa: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1966, T. IV, S. 289 bis 314.

<sup>20)</sup> Vgl. Eichholtz, a.a.O., S. 176 u. 165 f.

gesondert erwähnt sei: Die im Februar 1940 vom Reichswirtschaftsminister *Funk* ins Leben gerufene „Südosteuropa-Gesellschaft“ (SOEG) unterhielt als halbstaatliche Organisation ebenso enge Beziehungen zum RWM wie zur deutschen und österreichischen Ein- und Ausfuhrwirtschaft bzw. zu den deutschen Handelskammern in Südosteuropa. Die SOEG hat die großdeutschen Unternehmen in Übereinstimmung mit dem RWM nicht nur beim Erwerb neuer Bergbaukonzessionen, bei der Auftragsverlagerung und der Investitionspolitik, sondern auch bei der Kapitalverflechtung, der „Arisierung“ und der umfassenden allgemeinen Wirtschaftsplanung in Südosteuropa aktiv unterstützt und beraten<sup>21)</sup>.

Die ersten entscheidenden Schritte zur wirtschaftlichen Expansion des Dritten Reiches in Südosteuropa waren der „Anschluß“ Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei gewesen. Dadurch waren wichtige Positionen in der südosteuropäischen Wirtschaft unter die Kontrolle der großen deutschen Konzerne geraten. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang lediglich an die mit der IG-Farbenindustrie verbundene Dynamit Nobel A.G. Bratislava, die über eine Schlüsselstellung in der chemischen Erzeugung Südosteuropas verfügte, oder die Prager Živnostenska banka, die eine vergleichbare Position in der Rohstoffherzeugung innehatte<sup>22)</sup>. Eine weitere Etappe auf dem eingeschlagenen Weg stellte dann der deutsche Balkanfeldzug von 1941 dar. Schon vor und während des Aprilkrieges wurde von deutschen Dienststellen für die Sicherung der Rohstoffe in Jugoslawien und Griechenland Sorge getragen. Diesem Zweck dienten u. a. der Wirtschaftsstab z. b. V. mit dem Decknamen „Regensburg“ und die Wirtschaftskommandos „Garmisch“, „Tölz“ sowie „Traunstein“, die für die Beschlagnahme „aller für die deutsche Wirtschaft wichtigen Vorräte an Rohstoffen, Halbfabrikaten und sonstigen Gütern“ verantwortlich waren<sup>23)</sup>. Auch bei der anschließenden Aufteilung Jugoslawiens und der Festlegung der deutsch-italienischen Demarkationslinie spielte die Rohstofffrage eine ausschlaggebende Rolle. In internen deutschen Vorbesprechungen am 19. April 1941 in Wien wurde insbesondere auf die Bedeutung der dalmatinischen Bauxitvorkommen sowie der Blei- und Zinkgruben von Trepča (beide sollten im italienischen Einflußbereich liegen) hingewiesen. Abschließend heißt es in diesem Zusammenhang: „Deutschland sichert sich bei den Nachfolgestaaten a) wirtschaftliche Vorrechte und Ausfuhr — mindestens wie bisher von Jugoslawien und Griechenland geleistet — Bauxit (Dalmatien), Getreide, Fleisch, Roh-

<sup>21)</sup> S. dazu ausführlich die Arbeit von Dietrich Orlow, *The Nazis in the Balkans. A Case Study of Totalitarian Policy*, University of Pittsburgh Press 1968.

<sup>22)</sup> Vgl. die graphischen Darstellungen I u. III bei Sergije Dimitrijević, *Das ausländische Kapital in Jugoslawien vor dem Zweiten Weltkrieg*, Berlin 1963. Zum Einfluß des deutschen Kapitals in der Tschechoslowakei s. Hans Radandt, *Beteiligungen deutscher Konzerne an Unternehmungen in der Tschechoslowakei 1938 bis 1945: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1969, T. III, S. 157—201.

<sup>23)</sup> S. Erlaß des OKW/Wi Rü Amtes/Rü Ic Nr. 1041/41 g.K. v. 3. 4. 41, betr. Aufstellung d. Wirtschaftsstabes z. b. V. „Regensburg“, Militärarchiv (Freiburg) (MA, Wi I C/28).

stoffe.“<sup>24</sup>) Die Forderung des Reiches müsse lauten: uneingeschränkter Bauxitbezug während des Krieges und besondere Berücksichtigung der deutschen Interessen nach dem Kriege<sup>25</sup>).

Der noch während des Feldzuges von *Hitler* und *Mussolini* ins Leben gerufene „Unabhängige Staat Kroatien“ (USK) war ebenso wie die „selbständige“ Slowakei ausschließlich das Ergebnis der im Gefolge der nationalsozialistischen Außen- und Kriegspolitik vorgenommenen „Neuordnung“ Europas. Beide Länder standen daher politisch und wirtschaftlich in einem extremen Abhängigkeitsverhältnis zum Reich und können als Modellfälle für die kriegswirtschaftliche Expansion des nationalsozialistischen Deutschland dienen. In einem vertraulichen deutsch-kroatischen Protokoll von Mitte Mai 1941 heißt es hinsichtlich der deutschen Wirtschaftsinteressen in Kroatien u. a.:

„Deutschland kann die von ihm eingeleitete Ausbeute an industriellen Rohstoffen, vor allem an Mineralien, uneingeschränkt weiter betreiben. Bei der Erteilung weiterer neuer Konzessionen wird der kroatische Staat die deutschen Interessen besonders berücksichtigen. Das gleiche gilt für die Ausfuhr von Rohstoffen und insbesondere Mineralien nach Deutschland.

Die deutschen Gesellschaften gehörenden Erdölkonzessionen können unter den gleichen Bedingungen wie bisher ausgebeutet werden. In den Fällen, in denen Konzessionen bereits verbindlich zugesagt, aber die Konzessionsverträge noch nicht ausgefertigt waren, wird dies jetzt erfolgen, und zwar zu den Bedingungen, die hierfür vorgesehen waren und die den Bedingungen entsprechen, die für die übrigen Konzessionen in Geltung sind. Bei der Ausfuhr der in diesen Konzessionsgebieten geförderten Mineralölmengen wird der deutsche Bedarf bevorzugt berücksichtigt werden.“<sup>26</sup>)

Auch während der verschiedenen Unterredungen mit dem kroatischen Staatschef *Ante Pavelić* wies *Hitler* wiederholt auf die Bedeutung der kroatischen Rohstoffe (Bauxit, Erze, Holz und Mineralöl) für die deutsche Kriegswirtschaft hin<sup>27</sup>). *Pavelić* entgegnete, daß die Bodenschätze nicht Gegenstand von Verhandlungen zu sein bräuchten: „Soweit sie für die Kriegführung benötigt würden, stünden sie selbstverständlich zur Verfügung.“<sup>28</sup>) Auf diese Weise

<sup>24</sup>) Schreiben des OKW/WFSt./Abt. L (IV/Qu) Nr. 00673/41 gKdos. v. 18. 4. 41 an AA u. OKH, MA, Wi I C/28.

<sup>25</sup>) Bericht von Major *Rudelsdorff* v. 19. 4. 41 an OKW/Wi Rü Amt, betr. Aufteilung Jugoslawiens: Besprechungsnotiz zur Sitzung der Unterkommission am 19. 4. 41 im Hotel Imperial unter Leitung des Gesandten *Clodius*, National Archives Washington (NAW) T—77, R. 1295, 1120 u. MA, Wi I C/28.

<sup>26</sup>) Vertrauliches Protokoll v. 16. 5. 41 (Abschr.) im Schreiben des OKW 59 B 1/2643/41 geh. WV (X) v. 2. 12. 41 an OKH, OKM, RdL u. ObdL, betr. Vereinbarung mit Kroatien, MA, Wi I C/24.

<sup>27</sup>) Aufzeichnung über die Unterredung mit dem Führer und dem kroatischen Staatsführer Dr. *Pavelić* in Anwesenheit des Reichsmarschalls *Göring*, des RAM u. a. am 7. 6. 1941, angefertigt v. Dolmetscher *Schmidt* am 9. 6. 41, Polit. Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), BRAM, Handakten Dolmetscher Schmidt, Aufzeichnungen 1941 (Teil III); Aufzeichnung über die Unterredung mit dem Führer u. dem Poglavnik... im Führerhauptquartier am 23. 9. 42, ebda., Aufzeichnungen 1942 (Teil II); Aufzeichnung über die Unterredung zw. d. Führer u. dem Poglavnik... in Schloß Kleßheim am 27. 4. 43, ebda., Aufzeichnungen 1943 (Teil I).

geriet nahezu die gesamte Erdöl- und Eisenerzproduktion des USK von Anfang an unter deutsche Kontrolle. Die Festsetzung der aus dem kroatischen Staat in verschiedene Länder zu exportierenden Eisenerzkontingente erfolgte durch das Reichswirtschaftsministerium in Berlin<sup>29)</sup>! Ähnliches galt — von einigen Zusammenstößen mit italienischen Konkurrenten abgesehen — auch für die kroatische Bauxitförderung, wobei jedoch unterschiedliche Methoden von der privatwirtschaftlichen Einflußnahme bis zum massiven staatlichen Druck zur Anwendung kamen. Erst das Zusammenspiel von Kapital und Staatsapparat schuf daher die Voraussetzungen für die völlige Unterwerfung der Wirtschaft eines politisch extrem abhängigen Landes unter die ökonomische Vorherrschaft des Dritten Reiches:

### **1. Kapitalverflechtung und Einflußnahme auf ausländische Wirtschaftsunternehmen**

Da der USK nach nationalsozialistischer Rechtsauffassung wenigstens formal kein Besatzungsgebiet war, traten hier die Formen der hoheitlichen Einflußnahme durch das Dritte Reich<sup>30)</sup> in den Hintergrund. Statt dessen hielt man sich weitgehend an die Regeln der bestehenden Wirtschaftsordnung, so daß die Einflußnahme überwiegend in den Formen des Privatrechts erfolgte. Im Vordergrund stand dabei der Erwerb von Beteiligungen bzw. die Kapitalverflechtung:

„Beide Begriffe sind im Sinne des Konzernrechts zu verstehen als Eindringen eines Unternehmens in ein anderes durch Erwerb von Mitgliedschaftsrechten, um dort eine Art Herrschaft auszuüben. Sie umfassen alle Grade der Durchdringung von der Minderheits- über die qualifizierte Minderheitsbeteiligung bis zur Majorität. Der Begriff der Verflechtung schließt weiterhin auch solche Geschäfte ein, bei denen Unternehmungen als ganze erworben wurden.“<sup>31)</sup>

Freilich darf sich die Darstellung nicht bloß auf die Wiedergabe dieser privatrechtlichen Formen beschränken, da das Besondere dieser Rechtsgeschäfte in dem System lag, innerhalb dessen sich diese Vorgänge abspielten, in unserem Fall also in der völligen politischen Abhängigkeit des USK vom Dritten Reich (und vom faschistischen Italien bis zum Herbst 1943). Die „Kernstaaten“ im „neuen Europa“ konnten daher in unmittelbarer und mittelbarer Weise dem Zustandekommen der erwünschten privaten Geschäfte den erforderlichen Nachdruck verleihen. Und es war nicht zuletzt die staatliche Macht, die hinter allem stand — auch dort, wo sie für das einzelne Rechtsgeschäft an sich nicht ursächlich war.

<sup>28)</sup> S. die letzte Belegstelle von Anm. 27.

<sup>29)</sup> Vgl. Aktenvermerk des OKW/Wi Rü Amtes/Ro Ia v. 11. 2. 42, MA, Wi VI/334.

<sup>30)</sup> Vgl. dazu Otfried Ulshöfer, Einflußnahme auf Wirtschaftsunternehmen in den besetzten nord-, west- und südosteuropäischen Ländern, Tübingen 1958 (Studien des Instituts f. Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, 15), S. 19 ff.

<sup>31)</sup> Ebenda, S. 16.



Schon vor der Zerschlagung Jugoslawiens hatten das Dritte Reich und seine Konzerne im Sinne der wirtschaftlichen Großraumpläne versucht, das westeuropäische Kapital aus Jugoslawien zu verdrängen<sup>32)</sup>. Aber erst nach der Aufteilung des Landes und nach Gründung des USK konnte dieser Prozeß zu Ende geführt werden. Schon Anfang Mai 1941 berichtete der deutsche Gesandte in Zagreb, *Siegfried Kasche*, über die starke Einreise deutscher Verflechtungsinteressenten nach Kroatien<sup>33)</sup>, ein Vorgang, der bereits zuvor in anderen südosteuropäischen Ländern (z. B. Rumänien<sup>33a)</sup>) beobachtet worden war. Die politische Vertretung des Reiches legte entscheidenden Wert darauf, in die Verflechtungsgespräche eingeschaltet zu werden, um der nach ihrer Auffassung „überflüssigen Beunruhigung“ der südosteuropäischen Regierungen „wegen drohenden Ausverkaufs“ der Wirtschaftsapparate nach Deutschland diplomatisch begegnen zu können<sup>33b)</sup>. Besondere Bedeutung kam angesichts der kriegswirtschaftlichen Lage des Reiches der Einflußnahme auf die Rohstoffförderung durch den Erwerb neuer Konzessionen und durch Kapitalbeteiligungen an der bereits bestehenden Förderindustrie zu. Hier waren in Jugoslawien schon bedeutende Erfolge erzielt worden<sup>34)</sup>, die jetzt nur ausgebaut zu werden brauchten. Dieser Vorgang kollidierte zwar mit dem auf „Nationalisierung“ und Verstaatlichung der Großindustrien abzielenden Wirtschaftsprogramm der Ustaša-Führung, konnte dadurch aber nicht wesentlich behindert werden. Ein anschauliches Bild dafür liefert der Aluminiumerzeugungsplan des Dritten Reiches.

Um den Engpaß in der deutschen Aluminiumerzeugung zu schließen, projektierten die nationalsozialistischen Stellen eine Erweiterung der Produktion im Großraum — vor allem in Norwegen<sup>35)</sup>. Zur Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe für die zukünftigen norwegischen Werke wurde vom Reichsluftfahrtministerium eigens ein neues Unternehmen, die Hansa Leichtmetall A.G., konstituiert, die sich um den Abbau von Bauxiten in Frankreich und Südosteuropa bemühen sollte<sup>36)</sup>.

Am 28. April 1941 beauftragte der Bevollmächtigte für den Vierjahresplan, Reichsmarschall *Göring*, den Vorstandsvorsitzenden der Vereinigten Aluminium Werke (VAW), *Dr. Westrick*, „zwecks schneller und restloser Ausnützung

---

<sup>32)</sup> Vgl. dazu Wilhelm Treue, *Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan: Vjh. f. Zeitgeschichte I* (1953), S. 45—64.

<sup>33)</sup> Telegramm *Kasches* Nr. 145 v. 3. 5. 41 an AA, PA/AA, Ha. Pol., Handakten Wiehl, Kroatien, Bd. 1.

<sup>33a)</sup> Telegramm der Dt. Gesandtschaft Bukarest (Neubacher/Fabricius) Nr. 1949 v. 31. X. 1940 an AA, PA/AA, Ha. Pol., Handakten Wiehl, Rumänien, Bd. 13.

<sup>33b)</sup> Ebenda.

<sup>34)</sup> Vgl. dazu Dimitrijević, a.a.O., S. 156 ff.; Ivan Trandafilović, *L'expansion économique allemande vers le Sud-Est Européen*, Paris 1939, und Slobodan Čurčin, *Pénétration économique et financière des capitaux étrangers en Yougoslavie*, Paris 1935.

<sup>35)</sup> Alan S. Milward, *The Fascist Economy in Norway*, Oxford 1972, S. 173 ff.

<sup>36)</sup> Ebenda, S. 191.

der Bauxitvorkommen im Südostraum, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien, sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Gewinnung der Bauxitvorräte im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherzustellen und darüber hinaus die Produktion in kürzester Zeit mit allen Mitteln zu steigern<sup>37)</sup>. Zwei Tage später wies *Göring* auch den Direktor der Junkers Werke, *Koppenberg*, an, in Südosteuropa eine Rohmaterialbasis für die norwegische Aluminiumindustrie zu schaffen<sup>38)</sup>. *Koppenberg* teilte daraufhin am 1. Mai 1941 dem deutschen Generalkonsul in Belgrad mit, daß die kroatischen Bauxitlager und die Aluminiumfabrik von Moste bei Ljubljana unbedingt für die norwegische Industrie verfügbar sein müßten<sup>39)</sup>. Mit der weiteren Durchführung beauftragte er die Hansa Leichtmetall. Wenige Wochen später konnte die Hansa mit Unterstützung der deutschen Gesandtschaft und gegen den Widerstand des zuständigen kroatischen Sektionschefs einen Vertrag über die Ausbeutung der Bauxit- und Kohlevorkommen bei Imotski sowie im Gebiet Livno-Duvno in der Hercegovina abschließen<sup>40)</sup>. Die dadurch erworbenen Optionsrechte sollten nach den Vorstellungen des Wirtschaftsstabes der deutschen Luftwaffe als Grundlage für die Errichtung einer kroatischen Tonerdefabrik mit einer jährlichen Kapazität von etwa 150 000 t und zur Ergänzung der norwegischen Aluminiumindustrie dienen<sup>41)</sup>. Zu diesem Zweck wurde bei den deutsch-kroatischen Wirtschaftsverhandlungen im Oktober 1941 ein Rahmenvertrag über den Aufbau einer Aluminium- und Tonerdeindustrie im USK abgeschlossen<sup>42)</sup>. Aus der Produktion dieses Unternehmens sollte der verhältnismäßig geringe innerkroatische Bedarf gedeckt werden, während alles übrige zollfrei zum Export nach Deutschland bestimmt war.

Trotz dieser Vereinbarung änderte die Hansa Leichtmetall kurz darauf ihre Pläne (da das geplante Unternehmen angeblich unrentabel arbeiten würde), ohne jedoch ihre „Ansprüche“ auf Ausbeutung der Bauxitvorkommen und deren Verarbeitung im Reich oder Norwegen aufzugeben. Das kroatische Forst- und Bergbauministerium stand demgegenüber auf dem Standpunkt, daß ein langjähriger Pachtvertrag mit dem Recht auf Abbau des Bauxits unabhängig von der Errichtung einer Industrie im Interesse des USK „unter gar keinen Umständen“ abgeschlossen werden könne. Es hätte sich inzwischen herausgestellt, daß die Bauxitvorräte Kroatiens durchaus nicht so umfangreich seien, wie allgemein „nach den phantastischen Angaben verschiedener Spekulanten“ angenommen worden sei. „Wenn in dem bisherigen Tempo weiter Bauxit gefördert und exportiert würde, dann müßte die Kroatische Regie-

<sup>37)</sup> Schreiben der VAW v. 20. 11. 41 an AA (mit Durchschlag für General Thomas/OKW), betr. Bauxitvorkommen Ervenik (Dalmatien), MA, Wi I C/20.

<sup>38)</sup> Milward, a.a.O., S. 192 f.

<sup>39)</sup> Ebenda, S. 193.

<sup>40)</sup> Telegramm d. Dt. Gesandtschaft Zagreb Nr. 688 v. 9. 7. 41 an AA, PA/AA, Ha. Pol., Handakten Wiehl, Kroatien, Bd. 1.

<sup>41)</sup> Milward, a.a.O., S. 199.

<sup>42)</sup> Anlage G zum Protokoll über die zweite gemeinsame Sitzung des dt.-kroat. Regierungsausschusses in Zagreb v. 17. 10.—5. 11. 41, BA, R 28/44, fol. 28 ff.

rung schon in wenigen Jahren mit der Erschöpfung ihrer Bodenschätze rechnen<sup>43)</sup>: schwerwiegende Bedenken, die jedoch bei den Vertretern der Hansa Leichtmetall auf keinerlei Verständnis stießen. Diese wiesen ihrerseits auf die Bedeutung des Bauxits für die Kriegführung der Achse hin, ein Argument, dem man sich in Zagreb angesichts der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse schwer entziehen konnte. Der kroatische Sektionschef *Balančić* mußte daraufhin anerkennen, daß Kroatien als Verbündeter des Reiches „selbstverständlich“ während des Krieges Deutschland in jeder Weise unterstützen wolle und werde. Er erklärte die „Bereitschaft“ seiner Regierung, der Hansa Leichtmetall während des Krieges die Bauxitvorkommen zur Ausbeutung auf Grund eines Sondervertrages zu überlassen<sup>44)</sup>.

Während das deutsche Wirtschaftskapital auf diese Weise in Kroatien wie in den übrigen Südostländern den Aufbau einer einheimischen verarbeitenden Industrie nach Möglichkeit zu behindern versuchte, war es andererseits an fast allen größeren kroatischen Bauxitfirmen führend beteiligt: Die VAW, die u. a. auch an der Donautaler Tonerde-Industriegesellschaft (Dunavölgyi Timföldgyár Részvénytársaság) in Ungarn zu einem Drittel beteiligt waren<sup>45)</sup>, besaßen 50 % des Aktienkapitals der Staatlichen Kroatischen Aluminium A.G. (Hrvatsko aluminijsko d. d.) in Mostar; Leiter des Zagreber Zentralbüros war der Ringführer der deutschen Aluminiumindustrie im USK Direktor *Gerhard Koch*, technischer Leiter war Direktor *Gerbin*, ein mit den VAW eng zusammenarbeitender Kroat<sup>46)</sup>. Die Kontinentale Bauxit-Gesellschaft (Kontinentalno boksitno rudokopno i industrijsko d. d.) mit dem Sitz in Zagreb gehörte zu 100 % der Bauxit Trust A.G. Zürich, an der abermals die VAW und die Otavo-Minen- und Eisenbahngesellschaft mit zusammen 33 % beteiligt waren<sup>47)</sup>. Die Ugrovača-Minen A.G. mit dem Sitz in Mostar stand unter dem Einfluß Schweizer Kapitals mit einer deutschen Beteiligung durch die Martinswerke-GmbH in Köln, die ihrerseits zur Aluminium-Industrie-Gemeinschaft Konstanz gehörte. Generalbevollmächtigter der Ugrovača-Minen A.G. wurde nach Gründung des USK *Dr. Paulssen* von der Konstanzer Gemeinschaft. Ihm wurde in dieser Eigenschaft durch widerrufliche Vollmacht der Aktionäre ein Verfügungsrecht über das kroatische Unternehmen eingeräumt, „das etwa demjenigen eines deutschen Betriebsführers entsprechen dürfte. (...) Die Ugrovača-Minen A.G. hat bisher allen Wünschen der zentralen deutschen

---

<sup>43)</sup> Aktennotiz der Hansa Leichtmetall AG, Büro Zagreb, v. 8. 5. 43, betr. Besprechung im kroat. Bergbauministerium am 7. 5. 43, BA, R 7 XII/97.

<sup>44)</sup> Ebenda.

<sup>45)</sup> Ivan Berend und György Ránki, Die deutsche wirtschaftliche Expansion und das ungarische Wirtschaftsleben zur Zeit des Zweiten Weltkrieges: *Acta Historica V* (1958), S. 343.

<sup>46)</sup> Vgl. Schreiben der Einsatzgruppe Südost der Organisation Todt v. 16. 8. 44 an Wehrwirtschaftsoffizier Zagreb, betr. Übergabe Sonderaufgabe Bauxit, MA, Wi I C 3/21.

<sup>47)</sup> Vgl. Schnellbrief des Staatssekretärs beim Beauftragten für den Vierjahresplan v. 30. 5. 41 an AA u. a., MA, Wi I C/20.

Planung bereitwilligst und vollständig Rechnung getragen und darüber hinaus durch die bei ihr vorhandenen Kräfte und Kenntnisse der Gemeinschaft der für Deutschland arbeitenden kroatischen Firmen wertvolle Dienste geleistet. Ihre Gesamtproduktion ist seit Kriegsbeginn ausschließlich dem Martinswerk zugeführt worden.“<sup>48)</sup> An der Adria-Bauxit A.G. mit dem Sitz in Zagreb hatte die Firma Gebrüder Giuliani GmbH in Ludwigshafen eine hohe Beteiligung<sup>49)</sup>, ebenso an der Dalmatia A.G. (später Hrvatsko boksitno d.d.) Mostar<sup>50)</sup>. Schließlich sei noch die Montania A.G. (die spätere Rudnica d.d.) mit dem Zentralbüro in Zagreb und ihrem Standort in Dabrica bei Stolac erwähnt, die der Brüner Waffenwerke A.G. gehörte, die wiederum einen Teil der Reichswerke Hermann Göring bildete<sup>51)</sup>. Alle hier genannten Firmen zusammen verfügten über eine mögliche Förderungskapazität von etwa 735—900 000 t Bauxit pro Jahr<sup>52)</sup>.

Wie in der Bauxitförderung so versuchte man auch in der Mineralölgewirtschaft, deutschen Einfluß und deutsche Kapitalbeteiligungen durchzusetzen. Zwar steckte die kroatische Erdölproduktion ebenso wie die ungarische oder slowakische noch in den Anfängen und fiel im Vergleich zur rumänischen kaum ins Gewicht, doch war das Reich angesichts der kriegswirtschaftlichen Bedeutung dieses Rohstoffs von Anfang an bestrebt, eine deutsche Kontrolle sicherzustellen<sup>53)</sup>. Im Verlauf dieses Prozesses kamen im USK auch Formen hoheitlicher Einflußnahme indirekt zur Anwendung, soweit es sich um „Feindvermögen“ handelte, das schon vorher—in anderen Ländern—unter deutsche kommissarische Verwaltung gelangt war. Das betraf z. B. die in Jugoslawien ansässige Shell Company of Jugoslavia Ltd., die zu 100 % der N.V. De Bataaf-

<sup>48)</sup> Schreiben der Aluminium-Industrie Gemeinschaft Konstanz v. 13. 10. 43 an RWM, BA, R 7 XII/95.

<sup>49)</sup> Siehe Anm. 47.

<sup>50)</sup> Ebenda.

<sup>51)</sup> Siehe Anm. 46 u. 47.

<sup>52)</sup> Siehe Anm. 47. Daß die kroatischen Exporte jedoch wesentlich niedriger lagen — sie betragen beispielsweise in den ersten elf Monaten des Jahres 1943 lediglich 133 000 t (a) — lag an den erfolgreichen Störmaßnahmen der jugoslawischen Widerstandsbewegung. Daran konnte auch der deutsche Bauxitbevollmächtigte *Brade*, der als Vertreter des Reichsministers für Bewaffnung und Munition sowie der Organisation Todt in „Übereinstimmung“ mit der Zagreber Regierung die gesamte kroatische Bauxitförderung kommissarisch überwachte, oder der „Führerbefehl“ v. 14. Dez. 1943 zum verstärkten Ausbau des kroatischen Bauxitprogramms (b) nichts Entscheidendes ändern, vgl. dazu Holm Sundhaußen, *Der „Unabhängige Staat Kroatien“ im nationalsozialistisch-faschistischen Großraum 1941—45, Studien zur politischen und wirtschaftlichen „Neuordnung“ Europas*, Masch., S. 341 ff.

a) Über den Rückgang der Produktion vgl. eine nichtsignierte Aufstellung o. D. im Bestand MA, Wi I C 3/25, fol. 40 ff.

b) Fernschreiben des OKW/WFST./Qu 3/Wi v. 14. 12. 43 an Oberbfh. Südost und Dt. Bevollm. General in Kroatien (Abschrift), MA, Wi I C 3/25, fol. 77 f.

<sup>53)</sup> Vgl. Berend—Ránki, a.a.O., S. 328 f., und Hans Dress, *Slowakei und faschistische Neuordnung Europas 1939—41*, Berlin 1972 (= Dt. Akad. d. Wiss. zu Bln., Schriften des Zentralinstituts f. Gesch., Reihe I, Bd. 37), S. 94.

sche Petroleum Mij. in Den Haag gehörte. Nach dem Überfall auf Holland war vom Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete der Direktor *Eberhard von Klass* als Verwalter der führenden Gesellschaften des Royal Dutch Shell Konzerns eingesetzt worden. Auf Grund dieses hoheitlichen Aktes glaubte sich *Klass* allein „befugt“, die Rechte der Shell in Zagreb wahrzunehmen. Er veranlaßte daher die deutsche Gesandtschaft und den vom Reich eingesetzten Mineralölbevollmächtigten für den USK, *Pistauer*, in diesem Sinne bei der kroatischen Regierung vorstellig zu werden, die erst auf massiven deutschen Druck hin ihren anfänglichen Widerstand aufgab und sich dem deutschen Rechtsstandpunkt fügte<sup>54</sup>). Ähnlich, wenn auch unter rechtlich anderen Voraussetzungen, erfolgte die Übernahme der kroatischen Standard Oil Company (Standard Vacuum A.G.) in Zagreb unter deutsche Aufsicht. Die Standard war ein Schwesterunternehmen des Vacuum-Konzerns in Hamburg, der sich mehrheitlich im Besitz amerikanischer Aktionäre befand und auf Grund einer amerikanischen Vollmacht vom deutschen Generaldirektor *Engel* geleitet wurde. Zwar beschränkte sich die Generalvollmacht nach *Engels* eigenen Darlegungen lediglich auf die Standard-Unternehmungen in den besetzten europäischen Gebieten und konnte deshalb formal für den USK nicht in Anspruch genommen werden. *Engel* und *Pistauer* waren jedoch der Ansicht, daß es „ohne weiteres möglich und zweckmäßig sei, deutscherseits treuhänderisch die Beratung zu übernehmen“<sup>55</sup>). Obwohl sich die kroatische Regierung auch in diesem Fall längere Zeit gegen das Ansinnen sperrte, konnte es Mitte August 1941 in den wesentlichen Punkten verwirklicht werden. Am 15. d. M. teilte *Engel* der Gesandtschaft mit, daß er „auf Wunsch der Aktionäre der kroatischen Standard Vacuum A.G. Agram“ eine „beratende Tätigkeit für diese Gesellschaft übernommen“ habe<sup>56</sup>). Die dritte und letzte kroatische Mineralölgesellschaft, die aus der Jugopetrol hervorgegangene Petrolejsko d. d. stand von Anfang an völlig unter dem Einfluß deutscher Erdölgesellschaften. 20% des Aktienkapitals gehörten der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A.G. (Preussag), die auch an den serbischen Erzlagerstätten in Bor beteiligt war, der Rest lag in den Händen von Elwerath sowie der bereits in der Slowakei tätigen Deutschen Erdölgesellschaft (DEAG)<sup>57</sup>) und der in Ungarn schürfenden Wintershall A.G.<sup>58</sup>). Alle bisher genannten Unternehmen waren zugleich auch an der durch die Gesetzesverordnung vom 23. Juni 1941 gegründeten privilegierten kroatischen Petroleums-A.G. („Paklina“) als Dachorganisation für die Mineralölbewirtschaftung im USK beteiligt<sup>59</sup>). Berück-

<sup>54</sup>) Schreiben v. *E. v. Klass* v. 3. 7. 41 an *Dr. Pistauer*, BA, R 7 XV/215; Schreiben *Pistauers* v. 18. 7. 41 an *Klass*, ebenda.

<sup>55</sup>) Schreiben *Pistauers* an das RWM v. 18. 7. 41, betr. Standard Vacuum Zagreb, BA, R 7 XV/214.

<sup>56</sup>) Schreiben *Engels* v. 15. 8. 41 an Legationsrat *Kühn* (Deutsche Gesandtschaft Zagreb), ebenda.

<sup>57</sup>) *Dress*, a.a.O., S. 94.

<sup>58</sup>) *Berend — Ránki*, a.a.O., S. 344.

<sup>59</sup>) Vgl. Telegramm *Kasches* Nr. 1383 v. 5. 11. 41 an AA, PA/AA, Ha. Pol., Hand-

sichtigt man ferner, daß auch die rumänische Erdölförderung fast unter totaler deutscher Aufsicht durch die im März 1941 in Berlin gegründete Kontinentale Öl-A.G. stand<sup>60</sup>), so wird das Ausmaß der deutschen Einflußnahme in diesem Rohstoffsektor vollends deutlich.

Großes Interesse bestand deutscherseits außerdem an den kriegswichtigen Industriebetrieben des USK, wobei insbesondere die Reichswerke Hermann Göring und die IG-Farbenindustrie als Akteure auftraten. Beide Unternehmungen waren auch im übrigen Südosteuropa-Geschäft führend beteiligt<sup>61</sup>). Schon vor dem 2. Weltkrieg streckte der IG-Farben-Konzern über die mit ihm verbundene Dynamit Nobel Troisdorf, die wiederum an der Dynamit Nobel A.G. Bratislava beteiligt war, seine Fühler nach der Slowakei aus. Dabei ging es den IG-Farben vorerst nicht so sehr um die Produktion dieses Betriebes, sondern um seine Stellung als Schlüssel zur Beherrschung der chemischen Industrie Südosteuropas<sup>62</sup>). Der Besitz der Dynamit Nobel A.G. Bratislava (DAG) ermöglichte die kapitalmäßige Kontrolle eines bedeutenden Teils der slowakischen Industrie nicht nur in der ehemaligen Tschechoslowakei und im „angeschlossenen“ Österreich, sondern auch in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. In all diesen Ländern war die Dynamit Nobel A.G. an der chemischen Industrie beteiligt<sup>63</sup>). So gehörte z. B. auch die Bosnische Elektrizitäts-A.G. Jajce noch vor 1941 als Tochtergesellschaft zur Dynamit Nobel-Gruppe und damit zum IG-Konzern. Das bosnische Werk erzeugte 1941 etwa 3000 Jahrestonnen Silizium, was 15 % des deutschen Verbrauchs entsprach, der nur bis zu einer Höhe von 70 % gedeckt werden konnte. Das Wehrwirtschafts-Rüstungsamt im OKW war daher bestrebt, das bosnische Werk unter allen Umständen für die deutsche Kriegswirtschaft zu sichern, da durch den Ausfall der Erzeugung von Jajce der deutsche Fehlbedarf an Ferrosilizium auf 35 % erhöht und die Fertigung von Austauschstählen für die Wehrmacht spürbar beeinträchtigt worden wäre<sup>64</sup>). In Jajce wurden außerdem Chlor, Karbid und Ätznatron erzeugt, die zu den Engpässen in der kriegswichtigen Produktion Europas gehörten und als Basis für die Herstellung von kampf- und kriegswichtigen Kunststoffen von besonderer Bedeutung waren<sup>65</sup>). Der IG-Farben-Konzern bzw. die DAG interessierten sich darüber hinaus auch für die Errichtung einer Kupfervitriolanlage und für die Sprengstoffabrik Mahično bei Karlovac, die jedoch von italienischen Truppen besetzt worden war. Anfang November 1941 legte der deutsche Konzern der kroatischen Regierung eine Ausarbeitung über die In-

akten Wiehl, Kroatien, Bd. 1; Telegramm *Kasches* Nr. 1381 v. 6. 11. 41 an AA, ebda.; Bericht *Pistauers* v. 11. 7. 41 an RWM, BA, R 7 XV/213.

<sup>60</sup>) Schulmeister, a.a.O., S. 119.

<sup>61</sup>) S. die Arbeit von Radant, *Die IG Farbenindustrie . . .*, Dress, a.a.O., S. 98 f., Berend — Ránki, a.a.O., S. 342 und 345.

<sup>62</sup>) Vgl. „Chemie im Südostraum“: *Der deutsche Volkswirt*, Nr. 41 v. 22. 7. 1940.

<sup>63</sup>) Radant, *Die IG Farbenindustrie . . .*, S. 84 ff.

<sup>64</sup>) Aufzeichnung des OKW/Wi Rü Amtes/Ro II v. 18. 12. 41 an Abt. Ro I, betr. Kroatien, MA, Wi VI/334.

<sup>65</sup>) Vgl. verschiedene Schreiben aus dem Bestand MA, Wi I C/24.

**1. Entlastung der deutschen Rohstoffversorgung durch den Südostraum**

	Mengen- einheit	Deutscher Bedarf		Deutsche Erzeugung 1937	Fehlbetrag		Erzeugungsüberschüsse der Südostländer 1937		Deutscher Fehlbetrag <sup>a)</sup> nach Einbezug des ge- samten Südostüberschusses		
		Verbrauch 1937	Mob-Fall		1937	Mob-Fall	Insgesamt	davon aus . . .	1937	Mob-Fall	
Eisen und Stahl . . . . .	1 000 t	16 253	15 720	9 949	6 304	5 771	141	Griechenland Jugoslawien	100	6 163	5 630
Kupfer . . . . .	"	350	352	80	270	272	33	Jugoslawien	41	237	239
Blei . . . . .	"	240	203	100	140	103	76	Jugoslawien	70	64	27
Zink . . . . .	"	230	216	160	70	56	52	Jugoslawien	45	18	4
Nickel . . . . .	t	10 000	11 400	550	9 450	10 850	1 200	Türkei	6	8 250	9 650
Chrom . . . . .	t	45 000	31 800	—	45 000	31 800	88 500	Griechenland	1 200	+43 500	+56 700
								Türkei	60 000		
								Griechenland	15 000		
Antimon . . . . .	t	3 000	3 120	10	2 990	3 110	3 500	Jugoslawien	13 000	+510	+390
								Jugoslawien	1 600		
								CSR	1 000		
Bauxit . . . . .	1 000 t	900	?	20	880	?	890	Türkei	700	10	?
								Ungarn	420		
								Jugoslawien	350		
Schwefel . . . . .	"	1 024	888	363	661	525	143	Griechenland	120	518	382
								Griechenland	97		
Erdöl, roh . . . . .	"	1 200	?	554	646	?	472	Jugoslawien	46	174	?
Vergaserkraftstoffe . . . . .	"	2 692	3 960	1 842	850	2 118	1 830	Rumänien	472	+980	288
Leuchtöl . . . . .	"	96	?	53	43	?	952	Rumänien	1 830	+909	?
Dieselmotorkraftstoff . . . . .	"	1 165	1 740	134	1 031	1 606	897	Rumänien	952	134	709
Schmieröl . . . . .	"	508	276	76	432	200	35	Rumänien	897	397	165
Heizöl . . . . .	"	923	2 100	305	618	1 795	1 454	Rumänien	35	+836	341
								Rumänien	1 454		

a) + = Überschuf





gangsetzung der Sprengstofffabrik durch eine deutsch-kroatische Gesellschaft vor und leitete aus der Beteiligung an der in Liquidation befindlichen Titanit A.G. in Höhe von 38,8 % das Anrecht ab, am Neubau der kroatischen Sprengstoffindustrie beteiligt zu werden. Ende Februar 1942 wurde eine Vereinbarung über Gründung und Betrieb einer Sprengstoffgesellschaft zwischen dem USK und der Dynamit Nobel-Gruppe bei einer Anteilszeichnung von 55 zu 45 % unterzeichnet<sup>66)</sup>. Die Realisierung des Projekts scheiterte aber zunächst am Widerstand des italienischen Bündnispartners<sup>67)</sup>.

Eine ähnliche Situation ergab sich hinsichtlich des Vistad Rüstungskonzerns in Višegrad. Ende Juni 1941 hatten die Reichswerke Hermann Göring die Aktien des Unternehmens von den serbischen Eigentümern in Belgrad erworben. Etwa zur gleichen Zeit wurden auf Grund der im USK geltenden Bestimmungen die früheren Besitzer enteignet und der Kaufvertrag für nichtig erklärt. Nach längeren Verhandlungen zwischen der kroatischen Regierung und den Reichswerken einigte man sich dahingehend, daß das Werk zwar in den Besitz des kroatischen Staates übergehen, aber mit deutschen Wehrmachtsaufträgen belegt und bis Kriegsende von den Hermann Göring-Werken „betreut“ werden sollte. Mitte November 1941 jedoch wurden die Betriebsanlagen im Zuge militärischer Aktionen gegen die Volksbefreiungsbewegung von der italienischen Wehrmacht besetzt, die sämtliche Maschinen und Lagervorräte aus dem Werk entfernten. Eine Besichtigung des Unternehmens im September 1942 ergab, „daß dies bis zur letzten Niete ausgeplündert“ war<sup>68)</sup>.

Neben der Vistad A.G. zog vor allem auch die Maschinen- und Waggonfabrik in Slavonski Brod die Aufmerksamkeit der Reichswerke Hermann Göring auf sich. Auch in diesem Fall wurde zunächst eine Kapitalbeteiligung oder die Übernahme des gesamten Unternehmens ins Auge gefaßt. Eine eingehende Prüfung der Betriebsbilanz ließ jedoch erkennen, daß die Anlage unrentabel arbeitete, so daß die Reichswerke die Aktien nicht zum vollen Nennwert übernehmen wollten. Eine Kapitalbeteiligung sollte unter diesen Umständen nur dann angestrebt werden, „wenn ein besonderes Reichsinteresse hieran besteht“<sup>69)</sup>. Da die Entwicklung des Werkes in Friedenszeiten nicht sehr aussichtsreich erschien, war es für die deutschen Interessen wesentlich vorteilhafter, eine Betreuung des Unternehmens für die Kriegszeit ohne finanzielle Investitionen anzustreben, ein Verfahren, mit dem sich die kroatische Regierung schließlich einverstanden erklären mußte.

Die Kapitalbeteiligungen der Reichswerke A.G. für Berg- und Hüttenbetriebe Hermann Göring beschränkten sich daher im USK auf die Montan-

---

<sup>66)</sup> Auszug aus den Akten der Dt. Gesandtschaft Zagreb, betr. Titanit-Werk in Karlstadt (Karlovac) v. 30. 9. 42, MA, 85447.

<sup>67)</sup> Ebenda.

<sup>68)</sup> Auszug aus den Akten der Deutschen Gesandtschaft Zagreb, betr. Vistad-Werk in Višegrad v. 30. 9. 42, ebenda.

<sup>69)</sup> Telegramm *Kasches* Nr. 873 v. 1. 8. 41 an AA, PA/AA, Ha. Pol., Handakten Wiehl, Kroatien, Bd. 1.

industrie. Nach einem Verzeichnis von Ende 1943 waren die Reichswerke an der Montan-Syndikat-A.G. Zagreb mit 100%, an der Montan-Handels-A.G. Zagreb mit 50% und an der Hrvatska industrija katrana d. d. (der kroatischen Teerindustrie) Zagreb über die Julius Rütgers K.G. in Mährisch Ostrau mit 90,4% beteiligt<sup>70</sup>).

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, zeigen die bisher angeführten Fälle den starken deutschen Einfluß in den wichtigsten Zweigen der kroatischen Industrie. Erwähnt sei nur noch, daß auch in den Privatbanken und Kreditinstituten des USK ebenso wie in Serbien (Bankverein Belgrad A.G.), Griechenland (Banque d'Athènes und Griechisch-Deutsche Finanzierungs-gesellschaft A.G.), Rumänien (Banca Comerciale Română) oder Ungarn (Magyar Általános Hitelbank) usw. deutsches (bzw. österreichisches) Kapital maßgebend vertreten war<sup>71</sup>). Das Aktienkapital der kroatischen Landesbank A.G. in Zagreb wurde z. B. im September 1941 unter Beteiligung der Dresdner Bank von 50 auf 100 Millionen Kuna verdoppelt<sup>72</sup>). An den Aktien des kroatischen Bankvereins (Bankovno društvo za Hrvatsku), der im Jahre 1942 mit einem Kapital von 125 Millionen Kuna den Allgemeinen Jugoslawischen Bankverein (Opšte jugoslovensko bankarsko društvo) übernahm, war der Creditanstalt-Bankverein Wien mit 54,2%, die Tschechische Unionsbank mit 10%, die Deutsche Bank mit 15%, die Commerzbank und die Reichscreditgesellschaft A.G. mit je 10% sowie die Landesbank für Bosnien und die Hercegovina mit 0,8% beteiligt<sup>73</sup>). Wenn man berücksichtigt, daß die Tschechische Unionsbank und die Landesbank für Bosnien und die Hercegovina von den Wiener Instituten kontrolliert wurden, so ergibt sich, daß der kroatische Bankverein, der seinerseits an der Staatsbank des USK beteiligt war, unter alleiniger deutscher Aufsicht stand<sup>74</sup>).

Insgesamt setzten diese Formen der Kapitalverflechtung und der Einflußnahme den Nationalisierungsbemühungen der Ustaša-Führung deutliche Grenzen. Zwei Zahlen sollen das zusätzlich belegen: 1941 waren 46,33% und 1942 30,00% des Aktienkapitals der neu im USK gegründeten Gesellschaften im Besitz deutscher Aktionäre<sup>75</sup>), wobei auch die „Arisierung“ (d. h. die Ent-

<sup>70</sup>) Verzeichnis der zum Konzern der Reichswerke AG für Berg- und Hüttenbetriebe „Hermann Göring“ gehörenden Unternehmungen (Stand v. 31. 12. 43), BA, R 7 X/451.

<sup>71</sup>) „Banken in Südosteuropa“: *Südost-Echo*, F. 41 v. 10. 10. 41, S. 1 f., ferner die Artikel von Hans Schippel (Vorstandsmitglied der Dresdner Bank) im *Südost-Echo*, F. 40 v. 4. 10. 40, S. 5, und F. 41 v. 10. 10. 41, S. 5, Ulshöfer, a.a.O., S. 88 f., Berend — Ránki, a.a.O., S. 345, und Dress, a.a.O., S. 88 f.

<sup>72</sup>) „Neue deutsche Bankinteressen in Kroatien“: *Südost-Echo*, F. 37 v. 12. 9. 41, S. 1.

<sup>73</sup>) Report on Crimes of Austria and the Austrians against Yugoslavia and her Peoples, ed. by the Yugoslav War Crimes Commission, Belgrade 1947, S. 161.

<sup>74</sup>) Vgl. ferner die Ausarbeitung v. Dr. Ivo Raffaeli, dem kommissarischen Leiter der „Merkur“-Bank in Zagreb über die Geldinstitute im kroatischen Staat, o. D. (etwa Sept. 1941), MA, Wi I C/24.

<sup>75</sup>) Orlow, a.a.O., S. 150, Anm. 21.

eignung und Neuvergabe jüdischen Vermögens) hier wie in anderen Ländern<sup>76)</sup> eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Eine Kapitalexpansion also, die zwangsläufig auch auf das Mißtrauen des römischen Achsenpartners stoßen mußte<sup>77)</sup>, und in etwa mit den Zahlen aus der Slowakei vergleichbar ist. Dort stieg der deutsche Anteil an den Aktiengesellschaften von 4% im Jahre 1938 auf 51,6% im Jahre 1942<sup>78)</sup>. In der slowakischen Metallindustrie kontrollierten 1944 deutsche Gesellschaften 64%, tschechische und tschechisch-deutsche Gesellschaften 29%, slowakische Gesellschaften 6% und andere Unternehmen 1% des Aktienkapitals<sup>79)</sup>. In Rumänien schließlich waren vom Abschluß des erwähnten Wirtschaftsvertrages (März 1939) bis zum Oktober 1943 — außerhalb des Bereichs der Erdölindustrie — 84 deutsch-rumänische Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von 780,6 Millionen Lei gegründet worden<sup>79a)</sup>. Nimmt man an, daß der deutsche Anteil rd. 50% betrug, so waren ca. 400 Millionen Lei für Neugründungen ein beträchtliches Kapital, zu dem die Beteiligungen an bereits vorher vorhandenen Unternehmungen, die Kontrolle und Übernahme französischer und tschechischer Betriebe noch hinzugerechnet werden müssen. Nach den Angaben von Antonin Basch übernahmen z. B. die Reichswerke Hermann Göring den tschechischen Anteil an der metallurgischen Industrie Rumäniens im Wert von 1 860 000 000 Lei<sup>79b)</sup>.

Hinter diesen Erfolgen des Dritten Reiches und seiner Großunternehmen stand aber außer dem kriegsbedingten Wunsch nach Ausschöpfung aller Reserven auch das Bestreben der deutschen Konzerne, den Aufbau einer unliebsamen Konkurrenz zu verhindern oder — falls dies nicht ohne weiteres möglich war — von vorneherein unter deutsche Aufsicht zu bringen. Die Auseinandersetzungen zwischen den IG-Farben bzw. der DAG auf der einen und der italienischen Firma Montecatini auf der anderen Seite<sup>80)</sup> war charakteristisch für das Bemühen der deutschen Wirtschaft in Kroatien wie in Südosteuropa allgemein, nur diejenigen Wirtschaftszweige auszubauen, die den deutschen Bedarf ergänzen oder die Nachfrage des betreffenden Landes decken konnten, ohne dadurch den deutschen Export zu behindern<sup>81)</sup>. Die dieser Wirtschaftspolitik zugrundeliegende Konzeption war klar und eindeutig: Südost-

---

<sup>76)</sup> Für die Slowakei vgl. Dress, a.a.O., S. 92.

<sup>77)</sup> Vgl. dazu Sundhausen, a.a.O., S. 313.

<sup>78)</sup> J./V. Průcha Faltus, Prehľad hospodarského vývoja na Slovensku v rokoch 1918—1945 [Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der Slowakei von 1918—1945], Bratislava 1969, S. 343.

<sup>79)</sup> Ebenda, S. 341 f. u. 372 f.

<sup>79a)</sup> Schwabe, a.a.O., S. 199.

<sup>79b)</sup> A. Basch, The Danube Basin and the German Economic Sphere, London 1944, S. 207 f.

<sup>80)</sup> Vgl. Sundhausen, a.a.O., S. 313.

<sup>81)</sup> Vgl. die Ausarbeitung von R. Grünwald über Südosteuropa als Absatzmarkt für Konsumfertigungsgüter — Eine Strukturuntersuchung des Wiener Instituts für Verbrauchs- und Absatzforschung, Wien 1944, 2 Teile, NAW, T—84, R. 79, 1367621—731 u. 1367732—52.

europa sollte innerhalb des Großraums die Rolle eines rohstoffproduzierenden, lebensmittelliefernden und höchstens über eine bescheidene Nahrungsmittelindustrie verfügenden Teilraums einnehmen<sup>82)</sup>.

## 2. Auftragsverlagerungen

Bei der Einbeziehung der südosteuropäischen Staaten in die deutsche Kriegswirtschaft spielte auch die Ausnutzung der in diesen Ländern befindlichen Fertigungskapazitäten eine Rolle, um dadurch die Industriebetriebe des Dritten Reiches und der besetzten Länder entlasten zu können. Die Auftragsverlagerung, d. h. die regelmäßige Fertigung mit zugelieferten Rohstoffen nach deutscher Planung, war ein wesentlicher Bestandteil des deutschen Außenhandels in den Kriegsjahren. Solche Verlagerungen gab es auf zivilem und rüstungswirtschaftlichem Sektor. Sie bezweckten die Vollaussnutzung der im europäischen Bereich vorhandenen sachlichen und personellen Produktionskapazitäten und nahmen schon bald einen erheblichen Umfang an. Neben den besetzten Gebieten — insbesondere Norwegens, Frankreichs, Belgiens und der Niederlande —, deren Industrien unter unmittelbarer Lenkung und Einflußnahme deutscher Dienststellen fast ausschließlich für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiteten, waren derartige Aufträge in beträchtlichem Ausmaß auch nach Dänemark, der Slowakei, Ungarn, der Schweiz und dem USK verlagert worden<sup>83)</sup>. Hauptauftraggeber waren die Wehrmachtteile, während zivile Dienststellen im Falle des USK nur eine untergeordnete Rolle spielten. Es ist bezeichnend für die angespannte kriegswirtschaftliche Lage des Reiches, daß es selbst den industriell vergleichsweise schwach entwickelten USK in den rüstungs- und wehrwirtschaftlichen Fertigungsprozeß miteinzubeziehen und die kroatischen Produktionskapazitäten auf die Bedürfnisse der deutschen Kriegswirtschaft umzustellen bemüht war. Schon am 29. April 1941 ordnete das Wirtschafts-Rüstungsamt im OKW die wehrwirtschaftliche „Erkundung und Ausnutzung der kroatischen Industrie durch den deutschen Wehrwirtschaftsoffizier (WO) in Zagreb an<sup>84)</sup>. In den folgenden Monaten berichtete der WO seiner unmittelbar vorgesetzten Dienststelle in Belgrad regelmäßig über den Stand der Fertigung im USK, über Betriebserkundungen, Auftragserteilungen und freie Kapazitäten. Bis Ende 1941 wurden von ihm insgesamt 51

---

<sup>82)</sup> Berend — Ránki, a.a.O., S. 339. Orlow, a.a.O., S. 117f.: „In effect, this interpretation of the New Order left the Southeastern European nations with only two major directions in which they might develop their economic future: the mining and perhaps refining of their natural resources, particularly those metals and ores that Germany did not possess in abundance, and the intensification and diversification of their agricultural processing industries.“

<sup>83)</sup> Konzept einer Rede (*Funks?*), o. D., etwa Ende 1943, über Preis- und Finanzierungsprobleme im deutschen Außenhandel, BA, R 7 X/327, fol. 28—40, hier: fol. 31.

<sup>84)</sup> OKW/Wi Rü Amt/Rü IIc Nr. 22 261/41 g. v. 29. 4. 41: Erkundung u. Ausnutzung der kroatischen Industrie, MA, Wi I C 78.

Firmen „erkundet“. Für die Wehrmachtfertigung war insbesondere die Višegrader Vistad A.G. geeignet, die vom OKH-Waffenamt einen Auftrag über die Fertigung von monatlich 140—200 000 Pulver-Brennzünder in Arbeitsgemeinschaft mit den in Serbien liegenden Betrieben Arsenal Kragujevac, der Firma Spartalj und dem Werk Valjevo des Vistad-Konzerns erhielt. Nicht weniger interessant erschien ferner das Staatliche Arsenal Sarajewo mit seinen Pyrotechnika, wo im Auftrag des Heereswaffenamtes Patronenhülsen gefertigt wurden. Schließlich sei noch die Waggon-Maschinen- und Brückenbau A.G. in Slavonski Brod erwähnt, wo das OKH monatlich 31 000 Flakgeschosse und 40 000 Hülsen herstellen ließ<sup>85</sup>).

Mit der Auftragsvergabe an diese drei wichtigsten rüstungswirtschaftlichen Unternehmen im USK waren jedoch erst die vordringlichsten Maßnahmen getroffen worden. Anfang September hob der WO ausdrücklich hervor, daß eine Verlagerung von Aufträgen über Akkumulatoren, Schienennägel, Dreh-, Fräs-, Preß- und Stanzteile, Grau- und Stahlgußteile mit mechanischer Bearbeitung, Feldkabel usw. nach Kroatien möglich sei und von den dortigen Firmen „dringend“ erwartet würden. Die Rohstoffe für die Fertigung müßten jedoch zum Großteil aus dem Reich zur Verfügung gestellt werden. Wegen Mangels an Aufträgen und Rohstoffen hätte bereits eine Anzahl von Betrieben ihre Produktion einschränken bzw. stilllegen müssen<sup>86</sup>). Damit hatten sich die ökonomischen Folgen der völligen Abhängigkeit Kroatiens vom Dritten Reich erstmals deutlich gezeigt. Die deutschen Industriekonzerne waren mehr daran interessiert, die für ihre Produktion nötigen Rohstoffe und Arbeitskräfte ins Reich zu importieren als die einheimische Industrie der besetzten und „befreundeten“ Länder am Leben zu erhalten. Daran änderte auch die Auftragsverlagerung grundsätzlich nichts. Gegen Ende 1941 waren die Arbeiten des WO Zagreb zur Untersuchung der „Wehrwirtschaft Kroatiens“ in den wesentlichsten Teilen abgeschlossen. Die Gesamtsumme über die zu diesem Zeitpunkt erteilten Aufträge belief sich auf über 13 Millionen RM<sup>87</sup>). In den folgenden Monaten und Jahren bis Mitte 1944 nahm die Zahl der nach Kroatien verlegten Aufträge beständig zu. 1943 wurden von kroatischen Firmen für über 102 Millionen RM Wehrmachaufträge ausgeliefert, und zwar über 366 000 Granaten, 363 Wehrmachaufträge, 50 Drehbänke und für 4,7 Millionen RM Flugzeugteile, außerdem Akkumulatoren, Batterien, Kabel, Panjewagen, Fliegerbekleidung usw.<sup>88</sup>). Allerdings konnten die kroatischen Kapazitäten infolge

<sup>85</sup>) Lagebericht des WO Zagreb Nr. 168/41 g. v. 4. 7. 41 an Wehrwirtschaftsstab Südost: Allg. Überblick über den Stand der Fertigung, Betriebserkundung, Auftragserteilung u. freie Kapazitäten, MA, Wi I C 3/27, fol. 4 ff.

<sup>86</sup>) Lagebericht des WO Zagreb Nr. 321/41 g. v. 4. 9. 41: Stand der Fertigung in Kroatien, ebenda, fol. 40 f.

<sup>87</sup>) Wehrwirtschaftsstab Südost v. 18. 12. 41 an OKW/Wi Rü Amt, Anlage: WO Zagreb v. 12. 12. 41 an den Chef des Wehrwirtschaftsstabes Südost, NAW, T—77, R. 1295, 873 ff.

<sup>88</sup>) WO Zagreb: Lage in Kroatien, Anlage zum Kriegstagebuch des WO Zagreb für die Zeit v. 1. 1.—10. 1. 44, MA, Wi I C 3/25, fol. 27.

der Widerstandsbewegung und der gegen Ende 1943 einsetzenden alliierten Luftangriffe bei weitem nicht voll ausgenutzt werden, da es an der notwendigen militärischen Sicherung fehlte. Ab Mitte 1944 war die Auftragsverlagerung sogar rückläufig. Einen Gesamtüberblick über ihre Entwicklung von 1941 bis zu diesem Zeitpunkt gibt folgende Tabelle<sup>89)</sup>:

Datum:	Auftragsbestand in RM:	Zahl der Aufträge:	Zahl der kroat. Firmen:
Dez. 1941 . . . . .	13 108 840.—		
Juni 1942 OKH . . . . .	7 350 900.—	} 16+2 }	} 21
Luftwaffe . . . . .	12 471 400.—		
Zivil . . . . .	1 978 412.—		
Okt. 1942 . . . . .	28 337 000.—	26+34	41
Jan. 1943 . . . . .	39 700 000.—	(Wehrmacht- u.	
März 1943 . . . . .	48 126 000.—	Zivilaufträge)	
31. 7. 1943 . . . . .	109 234 000.—	130	63+3
30. 11. 1943 . . . . .	106 000 000.—	(Wehrmacht- aufträge)	
30. 6. 1944 . . . . .	114 102 000.—	} (direkte Wehr- mächtaufträge)	
30. 7. 1944 . . . . .	95 664 000.—		

Die durch die Vergabe von Wehrmächtaufträgen forcierte Produktion von nicht vermarktbar Gütern führte im USK ebenso wie in Ungarn<sup>90)</sup> zu einer kriegsbedingten Verschiebung in der Struktur der Industrie, die sich zwar vorübergehend positiv für das einheimische Wirtschaftskapital auswirkte, unter normalen friedensmäßigen Bedingungen aber zu einem unvermeidbaren Rückschlag hätte führen müssen.

### 3. Ausschöpfung der Arbeitskräftereserven

Schon in den Jahren 1939—41, also noch in der Periode des „Blitzkrieges“, war einer der auffallendsten Züge der deutschen Kriegswirtschaft der ständige Mangel an Arbeitskräften. Der von *Hitler* für Anfang 1941 befohlene Heeresausbau und die gleichzeitige Steigerung der Rüstungsanstrengungen erforderten einen zusätzlichen Menschenbedarf von anderthalb Millionen. „Bald zeigte sich allerorts in der Rüstungsindustrie ein solcher Mangel an Arbeitskräften, daß an eine Erfüllung der gestellten Forderungen nicht zu denken war.“<sup>91)</sup> Ende 1941 war infolge des Scheiterns der Blitzkriegskonzeption und der außerordentlich hohen Menschenverluste in Rußland die „Be-

<sup>89)</sup> Die Tabelle beruht auf den in den Lageberichten des WO Zagreb angeführten Zahlen.

<sup>90)</sup> Berend — Ránki, a.a.O., S. 330 ff.

<sup>91)</sup> Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918—1943/45), Boppard a. Rhein 1966 (Schriften des Bundesarchivs, 14), S. 238.

schaffung“ von Arbeitskräften zum Hauptproblem der Rüstungsindustrie und der Kriegführung überhaupt geworden. Die Fremd- und Zwangsarbeit wurde damit zum integralen Bestandteil des nationalsozialistischen Wirtschaftssystems während des Krieges. Insgesamt waren 8,6 Millionen Ausländer, davon 6,4 Millionen Zivilarbeiter und 2,2 Millionen Kriegsgefangene im Dritten Reich beschäftigt<sup>92</sup>). Die Fremd- und Zwangsarbeiter erreichten somit einen Anteil von 35 % an der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung Großdeutschlands.

Der Produktionsfaktor Zwangsarbeit war jedoch historisch bereits überlebt und auf die Dauer zum Scheitern verurteilt. Diese Form der Ausbeutung war zwar unter den Bedingungen der hochentwickelten kapitalistischen Produktion zustande gekommen, mußte dem System aber auf längere Sicht widersprechen<sup>93</sup>). Ein Millionenheer von mit Gewalt niedergehaltenen Unterprivilegierten als industriellen Arbeitskräften vertrug sich nicht mit den Erfordernissen des modernen, hochkomplizierten, störepfindlichen industriellen Organismus, in dem ein Glied vom anderen abhängig war<sup>94</sup>).

Die Einschaltung von Arbeitskräften aus dem USK in die deutsche Kriegswirtschaft wurde sofort nach Beendigung des Jugoslawienfeldzugs in Angriff genommen. Schon in den ersten Tagen nach Gründung des USK wurden kroatische Arbeiter über die deutschen Feldkommandanturen ins Reich vermittelt<sup>95</sup>). Zur gleichen Zeit fanden vom 2. bis 8. Mai 1941 im Ministerium für Volksgesundheit in Zagreb zwischen Vertretern der deutschen und kroatischen Regierungen Verhandlungen über den Einsatz kroatischer Arbeitskräfte in Deutschland statt<sup>96</sup>). Insgesamt war für 1941 eine Quote von 54 500 Personen vorgesehen, die jedoch ganz erheblich überschritten wurde. Tatsächlich dürften Ende des Jahres über 150 000 Angehörige des USK im Reich beschäftigt gewesen sein<sup>97</sup>). Den offiziellen Werbestatistiken zufolge wurde diese Zahl jedoch erst Anfang 1944 erreicht<sup>98</sup>). Diese Rechnung bezog sich allerdings nur auf die von der Dienststelle Kroatien des deutschen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und die vom kroatischen Staatsauswanderungsdienst (Odjel za državnu iseljeničku službu) erfaßten Personen. Hinzu kam die erhebliche Zahl illegal rekrutierter Arbeiter sowie der auf dem Territorium des

<sup>92</sup>) International Labour Review, No. 4, Montreal 1944, S. 469 f.

<sup>93</sup>) Eichholtz, a.a.O., S. 90.

<sup>94</sup>) Ebenda, S. 91.

<sup>95</sup>) Bericht der Abt. für den Staatsauswanderungsdienst v. 30. 9. 42, im Archiv „Matice iseljenika Hrvatske“ in Zagreb.

<sup>96</sup>) Ein Exemplar der Verhandlungsniederschrift im Arhiv Vojnoistorijskog instituta (Beograd), NDH, k. 239, f. 4, d. 6 (Bl. 1—27), eine Abschrift in den Unterlagen des Reichsnährstandes, BA, R 16/170. Der kroatische Text ist veröffentlicht in „Međunarodni ugovori 1941“ [Internationale Vereinbarungen 1941], Zagreb 1942, S. 9 ff., der Text der Vereinbarung ebenda, S. 1 ff.

<sup>97</sup>) Bei dieser Kalkulation wurde die Zahl der in Deutschland vor 1941 beschäftigten Kroaten mit 20 000 beziffert, während die Zahl der zu diesem Zeitpunkt noch im Reich beschäftigten kroatischen Kriegsgefangenen mit 10 000 angesetzt ist.

<sup>98</sup>) Lagebericht des WO Zagreb Nr. 529/44 g. v. 16. 3. 44, MA, Wi I C/70.

USK beheimateten serbischen Kriegsgefangenen. Außerdem trat parallel zu der wachsenden Unzufriedenheit der ausländischen Arbeitskräfte im Reich<sup>99)</sup> die Form der massenweisen Zwangsdeportation „bandenverdächtiger“ Personen zusehends in den Vordergrund. Seit Mitte 1942 rekrutierten die deutschen Stellen einen erheblichen Teil ihrer „angeworbenen“ Arbeitskräfte aus den Reihen der in kroatische Sammellager eingewiesenen Pravoslaven, die als „Flüchtlinge“ deklariert wurden<sup>100)</sup>. Von den 4839 im Juli 1942 ins Reich vermittelten Arbeitskräften stammten nur noch 779 aus freier Werbung! Der Rest kam aus der serbischen Zivilbevölkerung in den von der Wehrmacht durchkämpften Aufstandsgebieten. „Die Firmen im Reich“, so heißt es dazu in einem deutschen Bericht, „sind mit diesen Einsatzkräften sehr zufrieden.“<sup>101)</sup> Ein Jahr später wurde der für den Zwangsarbeitseinsatz in Frage kommende Personenkreis durch einen neuen „Führerbefehl“ erweitert. Danach durften gefangene Partisanen zwischen 16 und 50 Jahren nicht mehr erschossen, sondern mußten für den Arbeitseinsatz bereitgestellt werden<sup>102)</sup>. Arbeitsunfähige Personen wurden zur weiteren „Behandlung“ kurzerhand in ein Konzentrationslager (meistens Mauthausen) überwiesen<sup>103)</sup>. In den Tagesrapporten deutscher Einheiten wird seit dieser Zeit regelmäßig von „Überstellungen zum Arbeitseinsatz im Reich“ oder von der Übergabe Gefangener an den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz berichtet. Wie hoch die Zahl der auf diese Weise zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschickten Personen war, läßt sich infolge der nur z. T. erhaltenen Dokumente nicht ermitteln. Alles in allem dürfte sich aber die Summe der im Reich beschäftigten Arbeitskräfte aus dem USK auf etwa 250 000 belaufen haben<sup>104)</sup>. Das waren ungefähr 3,8 % der Gesamtbevölkerung bzw. 7,5 % der arbeitsfähigen Bevölkerung des USK. Der Menschenexport aus Kroatien lag in dieser Hinsicht im Vergleich zu den

<sup>99)</sup> Vgl. Sundhaußen, a.a.O., S. 323 f.

<sup>100)</sup> Das traf z. B. auf die bei dem Militärunternehmen in Westbosnien Mitte 1942 in das Lager Stara Gradiška verbrachten „Flüchtlinge“ zu, s. Schreiben *Kasches* v. 10. 7. 42 gRs. an *Glaise-Horstenau*, MA, RW 40/v. 63.

<sup>101)</sup> Lagebericht des WO Zagreb Nr. 1469/42 g. v. 29. 8. 42 über Arbeitseinsatzlage, MA, Wi I C 3/28, fol. 110.

<sup>102)</sup> Vgl. Befehl der 369. Infanterie Division, Ic Nr. 873/43 geh. v. 29. 7. 43, betr. Behandlung von Banditen, Kriegstagebuch Nr. 3, Ia, I. Teil, MA, 45652/1.

<sup>103)</sup> Vgl. den Bestand BA, R 70 Jugosl./5.

<sup>104)</sup> Nach Schätzungen des kroatischen Staatsauswanderungsdienstes belief sich die Zahl der von den Statistiken der Werbestellen nicht erfaßten in Deutschland tätigen Personen im Herbst 1942 bereits auf 60 000, s. Branimir Banović, *Izvoz radne snage i deportacije stanovništva sa teritorije NDH u toku drugog svjetskog rata* [Die Ausfuhr von Arbeitskräften und die Deportationen der Bevölkerung aus dem Territorium des USK während des 2. Weltkrieges]: *Putovi revolucije*, 1963, 1—2, S. 379 f. Nach den Ermittlungen der deutschen Handelskammer in Kroatien habe die Zahl der kroatischen Arbeiter in Deutschland Mitte 1943 300 000 betragen, s. Schreiben der dt. Handelskammer v. 10. 6. 43 an SOEG, betr. Industrieplanung — Arbeit *Dr. Zeck* „Möglichkeit u. Grenzen des Einsatzes von südosteuropäischen Arbeitern“, BA, R 63/104, fol. 169.



übrigen europäischen Ländern mit an der Spitze<sup>105</sup>), während er in absoluten Zahlen gerechnet an neunter Stelle rangierte<sup>106</sup>). Unter den Südostländern folgten dann — was die zivile Werbung betraf — Serbien, die Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Griechenland und Rumänien. Die überwiegende Mehrheit dieser Personen (über 70 %) waren in der Industrie, der Rest teils in der Landwirtschaft, teils in sonstigen Berufen beschäftigt<sup>107</sup>). In einer vertraulichen Ausarbeitung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD sowie des SD-Amtes III vom September 1943 über „Erfahrungen mit kroatischen Zivilarbeitern im Reich“ heißt es über die Lage der Kroaten in Deutschland:

„Ein Verkehr deutscher Volksgenossen und Volksgenossinnen mit den kroatischen Zivilarbeitern ist mit wenigen Ausnahmen kaum festzustellen, weil diese Menschen zu primitiv sind und sich im allgemeinen reserviert verhalten. Soweit Kroaten zwangsläufig mit Deutschen zusammenkommen, gibt ihr Verhalten keinen Anlaß zu Klagen. Zu berücksichtigen ist, daß die Kroaten wegen ihres schmutzigen Äußeren und ihrer überaus primitiven Lebensanschauung und -haltung von den Deutschen in den Betrieben gemieden werden, was sogar soweit geht, daß selbst andere ausländische Zivilarbeiter oft jede Gemeinschaft mit diesen Arbeitskräften scheuen. Lediglich bei Durchführung ihrer Schachergeschäfte haben sie dann und wann Gelegenheit, sich mit Deutschen abzugeben bzw. mit ihnen in nähere Berührung zu kommen.“<sup>108</sup>)

Dieser Bericht erübrigt eigentlich jeden Kommentar. Er spricht auf seine Art und Weise ein klares Urteil über den Charakter der Fremdarbeit in Deutschland: Die Kroaten wurden als Arbeitskräfte ebenso sehr gebraucht wie als Menschen verachtet.

#### 4. Die Gestaltung der Handelsbeziehungen

Zur grundlegenden langfristigen Regelung der deutsch-kroatischen Wirtschaftsbeziehungen wurde seitens des Reiches eine Vereinbarung über die „Unterstützung Kroatiens beim Aufbau seiner Wirtschaft, ähnlich wie sie mit der Slowakei<sup>109</sup>) abgeschlossen worden ist“, angestrebt<sup>110</sup>). Die Verhandlungen

<sup>105</sup>) Eine genaue Berechnung ist infolge der zeitlich nicht aufeinander abgestimmten Bevölkerungsstatistiken der einzelnen europäischen Länder außerordentlich schwierig.

<sup>106</sup>) An erster Stelle stand die UdSSR, gefolgt von Frankreich, Polen, Italien, Belgien, den Niederlanden, der Tschechoslowakei, Serbien, dem USK, Schweden und den baltischen Ländern.

<sup>107</sup>) Bericht v. Dr. Zeck (SOEG) „Erfahrungen mit dem Einsatz südosteuropäischer Arbeiter“ (Mitte 1943), BA, R 63/269, fol. 4 ff.

<sup>108</sup>) BA, R 58/188, fol. 98.

<sup>109</sup>) Vgl. das „Vertrauliche Protokoll über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und dem Staat Slowakei“ v. 23. 3. 1939, Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. VI, Nr. 205, S. 221, dazu Dress, a.a.O., S. 63 ff. Auf Grund eines „Wehrwirtschaftsvertrags“ vom 30. 1. 1940, der später durch ein Zusatzabkommen v. 12. 11. 43 ergänzt wurde, wurde außerdem eine Reihe metallverarbeitender Betriebe der Slowakei auf die Liste der für die Zwecke der deutschen Kriegswirtschaft auszunutzenden Betriebe gesetzt, s. Dress, a.a.O., S. 98 f.

<sup>110</sup>) Aufzeichnung Wiehls, betr. Regelung des handelspolitischen Verhältnisses mit

der beiden Regierungsausschüsse vom 26.—30. Mai 1941 in Zagreb führten zur vollständigen Realisierung der deutschen Wünsche. Im einleitenden Teil der vertraulichen Niederschrift heißt es u. a.:

„Die Regierungsausschüsse betrachten es ... als ihre Aufgabe, die Zusammenarbeit der deutschen und der kroatischen Wirtschaft auf der Grundlage der natürlichen Gegebenheiten und im Rahmen der Bestrebungen zur wirtschaftlichen Neuordnung Europas zu verstärken.

Der Kroatische Regierungsausschuß wird dafür Sorge tragen, daß die zuständigen kroatischen Stellen bei der Entscheidung über die deutschen Bezugswünsche insbesondere auch den Bedürfnissen der deutschen Kriegswirtschaft Rechnung tragen.“<sup>111)</sup>

Ein regelrechter Handelsvertrag mit den entsprechenden Zollanlagen wurde dagegen erst Anfang November abgeschlossen. Die von der deutschen Delegation ausgehandelten Kontingente für das Wirtschaftsjahr vom 1. Oktober 1941 bis 30. September 1942 im Wert von 100 Millionen RM in beiden Richtungen stellten eine außerordentlich günstige Ausgangsposition dar. Erst später zeigte sich, daß der USK infolge der starken Warenverknappung und der Aufstandsbewegung nicht in der Lage war, die von ihm zugesagten Mengen zu liefern.

1942 war das Reich im reinen Warenaustausch mit Lieferungen im Wert von 177,8 Mio. RM gegenüber dem USK mit Lieferungen in Höhe von 77,9 Millionen stark aktiv<sup>112)</sup>. Auch für die ersten zehn Monate des folgenden Jahres ergibt sich ein hoher Überschuß zugunsten des deutschen Partners (276,6 gegenüber 185,2 Mio. RM)<sup>113)</sup>. Berücksichtigt man außerdem, daß die kroatischen Exportpreise bei gleichbleibender Parität von 1 RM zu 20 Kuna im Durchschnitt wesentlich schneller stiegen als die deutschen<sup>114)</sup>, so verringert sich der wertmäßige Umfang der kroatischen Lieferungen noch ganz erheblich. Nach den Schätzungen der deutschen Handelskammer in Zagreb betrug der mit den Lieferungen des Reichs vergleichbare kroatische Exportwert von Januar bis Oktober 1943 statt 185,2 nur 50 Mio. RM<sup>115)</sup>!

Kroatien, v. 23. 5. 41 für Reichsaußenminister, PA/AA, Ha. Pol., Handakten Wiehl, Kroatien, Bd. 1.

<sup>111)</sup> Protokoll über die Erste Gemeinsame Tagung des Deutschen und Kroatischen Regierungsausschusses in Agram v. 26. 5. 41 bis zum 30. 5. 41, ebenda.

<sup>112)</sup> Tabelle über die Salden der bei der deutschen Verrechnungskasse geführten Sonder- u. Verrechnungskonten im Anhang zu einer Rede (*Funks?*), o. D. (wahrscheinlich Ende 1943) über Preis- u. Finanzierungsprobleme im dt. Außenhandel, BA, R 7 X/327.

<sup>113)</sup> Gutachten der volkswirtschaftlichen Abteilung der deutschen Handelskammer in Kroatien v. 10. 12. 43 über die deutsch-kroatische Zahlungsbilanz und Währungsfrage, BA, R 63/252, fol. 125 ff. Die darin angeführten Zahlenangaben hinsichtlich der Einzahlungen Dt.s für kroat. Leistungen beruhen auf den Mitteilungen der dt. Verrechnungskasse, die Angaben über kroat. Einzahlungen gehen auf die Informationen der kroatischen Staatsbank zurück.

<sup>114)</sup> Vgl. dazu Sundhaußen, a.a.O., S. 368 ff., und Herbert Lemesic, Die Preisentwicklung und Preispolitik in Kroatien, Diss. an d. Hochschule f. Welthandel, Wien 1944 (Masch.), S. 125 ff.

<sup>115)</sup> Siehe Anm. 113!

Kroatien gehörte ebenso wie die übrigen Südoststaaten zu den Randländern des mitteleuropäischen industriellen Kraftfeldes und wurde so von Anfang an mit politischen und wirtschaftlichen Druckmitteln eng an das Kernland dieses Gravitationsfeldes, das Dritte Reich, gebunden. Schon 1941 erreichte Deutschland an der kroatischen Ein- und Ausfuhr Anteilsätze von 55—60%, die in den folgenden Jahren — vor allem nach der Kapitulation Italiens — noch beträchtlich anstiegen. 1942 waren die beiden Achsenpartner zusammen (einschließlich des „Protektorats Böhmen und Mähren“) mit knapp 80% an der kroatischen Ausfuhr und an der Einfuhr zu rund 94% beteiligt<sup>116)</sup>. Demgegenüber nahm der USK im deutschen In- und Export wertmäßig nur eine relativ bescheidene Rolle ein. So betrug z. B. die deutsche Einfuhr im Dezember 1942 insgesamt 1027,7 Mio. RM, von denen 1008,3 Mio. auf Europa, auf den USK 6,0 Mio. entfielen. Die gesamte Ausfuhr des Reiches belief sich zum selben Zeitpunkt auf 788,0 Mio. RM, von denen für 787,5 Mio. in europäische Länder, darunter für 18,2 Mio. in den USK geliefert wurden<sup>117)</sup>. Schon aus diesen Zahlen geht die starke Abhängigkeit Kroatiens vom Dritten Reich hervor, die durch den Einschluß des USK in das Berliner Zentralclearing noch verschärft wurde. Bereits Mitte 1941 war der Ustaša-Staat mit Belgien, den Niederlanden, Norwegen, Serbien, dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ und dem sog. Generalgouvernement nur durch die zentrale Berliner Verrechnungsstelle verbunden<sup>118)</sup>. Die Weichen zur totalen Kontrolle des kroatischen Außenhandels waren damit gestellt<sup>119)</sup>. Auch für Kroatien gilt daher, was *Sándor Knob*, einer der Leiter des Landesverbandes der ungarländischen Fabrikindustriellen (GYOSZ) hinsichtlich der deutsch-ungarischen Außenhandelsbeziehungen noch verhältnismäßig vorsichtig formuliert:

„Fast 50% der ungarischen Ausfuhr kommt gegenwärtig auf den deutschen Markt. Ein 48%iges Verhältnis steht also einem dreiprozentigen gegenüber (dies war der Anteil der ungarischen Ausfuhr am deutschen Import, Anm. d. Verf.). Dieses Verhältnis bzw. Mißverhältnis bedeutet meiner Überzeugung nach ein solches Maß der wirtschaftlichen Ausgeliefertheit und Abhängigkeit, das schon an diejenigen Gefahren grenzt, die nicht ganz unbegründet erwähnt werden, wenn wir über die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit des Landes sprechen.“<sup>120)</sup>

Aber nicht nur die Konzentration des südosteuropäischen Exports auf Deutschland war charakteristisch für die halbkoloniale Stellung dieser Länder, sondern auch die Güterstruktur im beiderseitigen Warenaustausch<sup>121)</sup>.

<sup>116)</sup> Anlage zum Bericht der Deutschen Gesandtschaft Zagreb WH 2 Nr. 4—31/44 v. 6. 1. 44: Außenhandel Kroatiens, BA, R 2/30517, fol. 87.

<sup>117)</sup> Bericht der Dienststelle des Verbindungsoffiziers zur Reichsbank v. 9. 3. 43: Deutscher Außenhandel im Dez. 1942, MA, Wi VI/340, fol. 119.

<sup>118)</sup> Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des deutschen Regierungsausschusses v. 5. 7. 41 an den Vorsitzenden des kroatischen Regierungsausschusses, BA, R 28/44, fol. 68 f.

<sup>119)</sup> Vgl. dazu Orlov, a.a.O., S. 113.

<sup>120)</sup> Zit. nach Berend — Ránki, a.a.O., S. 316.

<sup>121)</sup> Für die Slowakei vgl. Dress, a.a.O., S. 108.

Gemäß den Vereinbarungen im ersten deutsch-kroatischen Handelsvertrag sollte Kroatien Pferde, Schlachtvieh, Eier, Obst und Gemüse für insgesamt 16 Mio. RM, Wein für 7 Mio., ferner 850 000 Lamm-, Schaf- und Ziegenfelle, die kroatische Gesamtproduktion an Bauxit (wenigstens jedoch 400 000 t), 260 000 t Eisenerze, 50 000 t Siderite und wenigstens 30 000 t Eisenschlacke sowie 6000 t Manganerze ins Reich liefern. Von großer Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft war ferner der Holzimport aus dem USK in Höhe von insgesamt 35 Mio. RM sowie von Baracken und Barackenteilen im Wert von rund 30 Mio.<sup>122)</sup>. Der deutsche Export in den Ustaša-Staat setzte sich dagegen im wesentlichen aus landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen, Artikeln der chemischen und pharmazeutischen Industrie, Glas, Keramik und Kohle zusammen. Auf Güter der eisenschaffenden Industrie entfielen 2000 t pro Monat, auf Mineralöle 700 t<sup>123)</sup>. Die Güterstruktur wurde demnach durch ein Übergewicht an Fertigwaren im deutschen und eine beherrschende Stellung agrarischer und industrieller Rohstoffe sowie landwirtschaftlicher Produkte im kroatischen Export charakterisiert und entsprach damit den typischen Kern-Rand-Beziehungen in der wirtschaftlichen Stellung beider Länder zueinander.

### **5. Das System der Zwangskredite und das Scheitern des Berliner Zentralclearings**

Obwohl Deutschland gegenüber Kroatien sowie einer Reihe anderer süd-osteuropäischer Staaten insbes. Bulgarien, Slowakei und Rumänien<sup>124)</sup> im reinen Warenverkehr aktiv war, wies der Stand des Gesamtclearings eine zunehmend wachsende Verschuldung des Reiches aus<sup>125)</sup>. So wuchsen die deutschen Belastungen zugunsten des USK von 22,5 Mio. RM Ende 1941 auf nahezu eine Milliarde Ende 1944 an<sup>126)</sup>. Dieser Prozeß lief parallel zur Erhöhung der

---

<sup>122)</sup> Protokoll über die Zweite Gemeinsame Tagung des Deutschen und Kroatischen Regierungsausschusses in Agram v. 17. 10.—5. 11. 41, Anlage B: Dt. Einfuhr aus Kroatien, BA, R 28/44, fol. 14 ff.

<sup>123)</sup> Anlage zum Protokoll: Kroatische Einfuhr aus Deutschland, ebenda, fol. 11 ff.

<sup>124)</sup> S. Faltkarte 2.

<sup>125)</sup> Zum Begriff der Verschuldung: Die deutschen Importeure bzw. diejenigen Stellen, die Dienstleistungen oder Betriebsmittel im Ausland in Anspruch nahmen (OKW, AA u. a.), zahlten die entsprechenden RM-Beträge bei der Deutschen Verrechnungskasse ein. Diese Beträge standen jedoch dem Ausland bzw. dem entsprechenden ausländischen Bankinstitut nicht ohne weiteres zur Verfügung, da im Clearingsystem nur eine Bezahlung durch Warenaustausch vorgesehen war. Da die deutsche Exportkapazität angesichts des Krieges stark vermindert war, blieb ein Großteil der bei der Verrechnungskasse eingezahlten Beträge blockiert. Die von den deutschen Schuldnern eingezahlten Summen wurden also nicht an die entsprechende Stelle im Ausland weitergeleitet. Der jeweilige mit Deutschland handelnde Staat mußte jedoch die in Berlin eingezahlten Beträge in der Landeswährung an die Gläubiger auszahlen. Die dadurch entstehende Differenz ging praktisch zu Lasten des fremden Staates, der damit zum Globalgläubiger des Dritten Reiches wurde.

<sup>126)</sup> Siehe Anm. 112. Für den Zeitraum von Ende 1943 bis Ende 1944 wurden die

Schuldensalden Deutschlands gegenüber den anderen in seinem Einflußbereich liegenden Ländern. Ende 1942 betrug die deutsche Clearingschuld gegenüber Rumänien 624,3 und gegenüber Ungarn 576,8 Mio. RM. Es folgten die Slowakei, Serbien und der USK<sup>127)</sup>. Bis zum Herbst 1943 erhöhten sich die deutschen Schulden im Durchschnitt der europäischen Gläubigerländer zwar „nur“ um weitere zwei Drittel<sup>128)</sup>, nahmen jedoch gegenüber dem USK um fast das Fünffache zu, um allein im Jahre 1944 noch einmal um das Doppelte zu steigen. Sechs Monate vor Kriegsende schwankte der Saldo zugunsten der kroatischen Staatsbank um die Milliardengrenze, was — gemessen an dem durch Krieg und Unruhen stark herabgeminderten Wirtschaftspotential des USK — eine außerordentlich hohe Summe darstellte. Gegenüber Ungarn war die Milliarden-Grenze sogar schon Ende 1943 überschritten worden<sup>129)</sup>, während die Slowakei bis Mitte des folgenden Jahres mit über einer halben Milliarde RM in Vorschuß treten mußte<sup>129a)</sup>.

Diese Vorschußleistungen der südosteuropäischen Länder waren nach den Ausführungen *Litters*, eines führenden Beamten des Reichsfinanzministeriums „... eigentlich ... als Kontributionen zur gemeinsamen Kriegsführung zu betrachten ... , deren Gegenwert verbucht werden würde ... Die Regelung der derart eingetragenen Summen würde eine, erst nach dem Kriege entstehende und zu lösende Frage sein!“<sup>130)</sup>

Die Vorstellungen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitiker von einer Gesamtverrechnung aller mit dem Dritten Reich im Großwirtschaftsraum verbundenen Länder über ein Berliner Zentralclearing und unter Zugrundelegung der Reichsmark als Leitwährung erwies sich damit in der Praxis als funktionsunfähig, da Deutschland für alle Beteiligten zugleich den Haupt-handelspartner und den Hauptschuldner abgab. Ein echter Leistungsausgleich war durch die Abrechnung im Clearing auch schon deshalb kaum möglich, da infolge der unterschiedlichen Preissteigerungen die inneren und nominalen Werte bei den Leistungen einzelner Länder unterschiedlich weit auseinanderklafften.

Es stellt sich jedoch zunächst noch die Frage, wie die wachsende deutsche Verschuldung zustandekam. Der reine Warenverkehr schied — wie wir gesehen haben — aus. Ausschlaggebend war vielmehr die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der südosteuropäischen Staaten, der Betriebsmittelbedarf

---

verschiedenen Aufstellungen des Reichsfinanzministeriums über den deutsch-kroatischen Zahlungsverkehr BA, R 2/30517, fol. 193, 257 und 259 herangezogen.

<sup>127)</sup> Bericht der Dienststelle des Verbindungsoffiziers zur Reichsbank v. 18. 1. 43 über den Stand der Verrechnungskonten im unmittelbaren Verrechnungsverkehr Deutschlands mit dritten Ländern, MA, Wi VI/340, fol. 1.

<sup>128)</sup> Vgl. Bericht des Verbindungsoffiziers zur Reichsbank v. 20. 10. 43, ebda., fol. 7.

<sup>129)</sup> Berend — Ránki, a.a.O., S. 352.

<sup>129a)</sup> Übersicht der Dt. Verrechnungskasse — Länderbearbeitung Slowakei v. 5. VII. 1944: Monatsbericht Juni 1944, PA/AA, Ha. Pol., Handakten Waldern, betr. Clearingkonten-Slowakei 1941—44, Bd. 1.

<sup>130)</sup> Zitiert nach Berend — Ránki, a.a.O., S. 351.

deutscher Konzerne und staatlicher Institutionen, die Überweisung von Arbeiterlohnersparnissen und vor allem die zunehmend hohen Militärausgaben.

In welcher Höhe Einzahlungen aus dem Militärssektor (darunter auch der Großteil der Auftragsverlagerungen) das allgemeine Waren- und Verrechnungsclearing belasteten, läßt sich im einzelnen schwer ermitteln. Die Aufträge wurden in den meisten Fällen nicht von den Wehrmachtstellen, sondern durch Reichsbehörden oder Einfuhrfirmen bzw. zwischengeschaltete Banken erteilt, so daß eine statistische Trennung nach militärischen und zivilen Überweisungen lediglich zu einem verschwindend geringen Teil bei Zahlungen außerhalb des Warenverkehrs möglich war (die weiter oben angeführten Zahlen des WO Zagreb dürften hinsichtlich des USK jedoch einigermaßen zuverlässig sein). Nach Schätzungen der Reichsbank wurde der deutsch-kroatische Clearingverkehr 1942 zu ca. 40 % durch den Militärssektor belastet. Im Verrechnungsverkehr Deutschlands mit anderen Ländern war der Prozentsatz noch wesentlich höher: Griechenland 90 %, Ungarn 85 % usw.<sup>131)</sup>. Dabei spielten eventuelle Stationierungskosten für deutsche Truppen eine entscheidende Rolle. Im „unabhängigen“ Kroatien mußten sie zunächst von der Zagreber Regierung voll abgedeckt werden. Erst am 19. Januar 1943 wurde eine Vereinbarung getroffen, derzufolge das Reich künftig die Belastungen tragen würde, die durch den Aufenthalt deutscher Truppen im USK entstanden. Weiter heißt es dazu:

„Die Kroatische Regierung wird die zur Deckung dieser Kosten notwendigen Kuna-Beträge monatlich zur Verfügung stellen. Die Deutsche Regierung wird den Gegenwert in Reichsmark auf einem bei der Deutschen Verrechnungskasse Berlin zu eröffnenden Sonderkonto M zugunsten der Kroatischen Regierung monatlich einzahlen.“<sup>132)</sup>

Ausschlaggebend war nun die Frage, welchen Gebrauch die kroatische Regierung von den ihr gutgeschriebenen Beträgen auf dem Sonderkonto machen konnte. Das Dritte Reich war keineswegs bereit oder in der Lage, die eingezahlte Summe der kroatischen Seite zur freien Verfügung zu stellen. Vielmehr sollten sich die Regierungsausschüsse im Rahmen ihrer Verhandlungen jeweils darüber „verständigen“, für welche Zwecke kroatischerseits Zahlungen zu Lasten dieses Kontos geleistet werden konnten. Dabei war in erster Linie an die Abdeckung laufender militärischer Lieferungen Deutschlands für das kroatische Heer gedacht<sup>133)</sup>.

Nun war es jedoch kein Geheimnis, daß das mit zahlreichen Engpässen in der Rüstungsindustrie kämpfende Dritte Reich nicht imstande war, die kroatischen Wünsche voll oder auch nur befriedigend zu erfüllen. Kroatischerseits

---

<sup>131)</sup> Vermerk der Dienststelle des Verbindungsoffiziers zur Reichsbank v. 9. 11. 42, betr. Frage, in welchem Umfang die Verrechnungsabkommen durch Zahlungen aus dem Militärssektor belastet werden, MA, Wi VI/340, fol. 109.

<sup>132)</sup> Vertrauliches deutsch-kroatisches Protokoll v. 19. 1. 43, BA, R 2/14141, fol. 181.

<sup>133)</sup> Ebenda.

konnte daher das Sonderkonto „M“ nur zum geringsten Teil ausgenutzt werden, während der wesentlich umfangreichere Rest blockiert war. Die Bereitstellung der Kuna-Beträge für die deutschen Truppen lief daher de facto auf einen Zwangskredit Kroatiens an das Dritte Reich hinaus.

Diese Regelung blieb mit einigen Veränderungen und Ergänzungen bis Kriegsende in Kraft und wirkte sich verheerend auf die kroatische Finanz- und Wirtschaftslage aus. Bereits im September 1943 hatte die Zagreber Regierung auf dem Sonderkonto „M“ ein blockiertes Guthaben von 216 Mio. RM, das bis Ende 1944 auf über eine Milliarde RM bzw. über 20 Mrd. Kuna anwuchs<sup>134</sup>). Allein für 1943 betrugen die Gesamtanforderungen der deutschen Wehrmacht 11,2 Mrd. Kuna<sup>135</sup>), was rund  $\frac{2}{3}$  der ordentlichen Einnahmen des kroatischen Staates in Höhe von 16,1 Mrd. Kuna entsprach. Die Ausgaben des Staates (ohne Finanzierung der deutschen und italienischen Wehrmacht)<sup>136</sup>) erforderten 34,0 Mrd.<sup>137</sup>) und waren nur zu 48% durch ordentliche Einnahmen gedeckt<sup>138</sup>). Das sich in diesen Zahlen offenbarende Defizit im kroatischen Staatshaushalt konnte nur durch erhöhten Notendruck „ausgeglichen“ werden. Die Zagreber Regierung versuchte daher immer wieder, die Anforderungen für die deutsche Wehrmacht herabzudrücken und ihr Guthaben auf dem Konto „M“ zu mobilisieren.

Vergeblich wies sie darauf hin, daß derartige Belastungen „progressiv die Inflation (beschleunigen), so daß die Leistungen Kroatiens für Zahlungen an die verbündete Deutsche Wehrmacht und an das italienische Heer zusammen mit den Forderungen auf den deutschen Clearingkonten den Betrag von Kn. 19 408 476 547,77 ausmachen, was 43,5% des gesamten jetzigen Notenumlaufs des Unabhängigen Staates Kroatien beträgt. Die Erhöhung des Notenumlaufs in den letzten 7 Monaten beläuft sich auf Kn. 20 246 812 100,—. Davon gehen auf militärische Zahlungen Kn. 10 276 526 733,—, was 51% der Erhöhung unseres Notenumlaufs darstellt. Diese gewaltigen finanziellen Zahlungen, welche Kroatien für das verbündete Deutsche Heer zu leisten hat sowie auch für die Ausrüstung des kroatischen Heeres, wirken in immer schärferer Form auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Situation des USK“<sup>139</sup>)

Dennoch war das Reichsfinanzministerium zu keinerlei Zugeständnissen bereit:

<sup>134</sup>) Anlage zum Bericht der Deutschen Gesandtschaft Zagreb WF 2 Nr. 6—27/45 v. 10. 1. 45: Stand der Clearingkonten bei der Kroatischen Staatsbank (Abschr.), BA, R 2/30673, fol. 117.

<sup>135</sup>) 1941 hatten die kroatischen Ausgaben für die deutsche Wehrmacht nur 718 Mio. Kuna betragen und waren 1942 noch relativ mäßig auf 1604 Mio. angestiegen.

<sup>136</sup>) Die Besatzungskosten waren nicht im kroatischen Haushalt enthalten.

<sup>137</sup>) Die Kosten für die kroatischen Streitkräfte betrugen 1942 8384 Mio. Kuna (= 43% der Gesamtausgaben im Budget) u. 1943 11 657 Mio. (= 34%). 1944 stiegen sie wieder auf fast die Hälfte des Budgets an.

<sup>138</sup>) Vermerk über das Gutachten des Finanzgerichtspräsidenten *Dr. Tautscher* über die kroatischen Finanzen, v. 13. 4. 44, BA, R 2/30925, fol. 25 f.

<sup>139</sup>) Memorandum des kroatischen Regierungsausschusses in der Anlage zum Schreiben des AA, Ha. Pol. IVa v. 24. 2. 44 an Reichsfinanzministerium, BA, R 2/30517, fol. 60 ff.

„Ein Aufgeben des Kriegsleistungscharakters des Kontos M würde sehr bald zu Zuständen wie in Rumänien und Albanien führen, wo jede neue Monatsanforderung der Wehrmacht langwierige Verhandlungen im Hinblick auf die Gegenleistung erforderlich macht.“<sup>140)</sup>

Alles in allem blieben so die Guthaben der südosteuropäischen Länder bei der Deutschen Verrechnungskasse blockiert, egal ob es sich dabei um Stationierungskosten, Dienstleistungen verschiedenster Art aus dem Militärsektor oder die Begleichung von Auftragsverlagerungen handelte. Das, was *Litter* von seinen ungarischen Gesprächspartnern an „Kontributionen“ für die „gemeinsame“ Kriegführung verlangt hatte, das galt in ähnlicher Weise auch für die übrigen südosteuropäischen Staaten. In den besetzten Gebieten war die Erhebung von Kontributionen (im Völkerrechtssinn) ohnehin eine Selbstverständlichkeit. In Serbien erhöhten sich die zu diesem Zweck geforderten Beträge von zunächst monatlich 130 Mio. Dinar (Herbst 1941) auf über 3 Mrd. Dinar im Herbst 1944<sup>141)</sup>. Auch in Rumänien — also einem völkerrechtlich monatlich 100 Millionen Lei Ende 1940 (dies entsprach den deutsch-rumänisch nicht besetzten Staat — stiegen die Stationierungskosten laufend an: von schon Vereinbarungen) auf 650—800 Millionen Lei 1943. Im Frühjahr des folgenden Jahres erreichten sie eine Höhe von 3 und im Sommer von 7,5 Milliarden Lei pro Monat<sup>141a)</sup>. In einer Aufzeichnung des Chefintendanten der deutschen Truppen in Rumänien vom 1. August 1944 heißt es dazu:

„Eine reibungslose Versorgung der deutschen Wehrmacht aus den Überschüssen des Landes wäre möglich, wenn Deutschland die Produktionsüberschüsse zur Versorgung seiner Wehrmacht gegen volle wirtschaftliche Gegenleistung übernehmen könnte. Dies ist in steigendem Maße unmöglich geworden. Die vollständige Versorgung der deutschen Wehrmacht aus dem Lande geht daher darauf hinaus, die gesamten Überschüsse an sich zu ziehen, ohne die notwendigen Industrieprodukte als Gegenleistung in die rumänische Wirtschaft zu pumpen. Die Folge ist eine weitgehende Störung des Wirtschaftskreislaufs, verbunden mit einer fortgesetzten Verringerung des Nationalvermögens. Hand in Hand damit geht die Verringerung der Staatseinnahmen, so daß der Haushalt nicht mehr ausgeglichen ist. Die weitere Folge ist die Illiquidität der Notenbank. Der Notenbedarf kann daher nur durch die Notenpresse gedeckt werden.“<sup>141b)</sup>

---

<sup>140)</sup> Vermerk des Reichsfinanzministeriums, Abt. V, Y 5200/—Vg. v. März 1944 über die dt.-kroat. Regierungsausschußverhandlungen, BA, R 2/30925, fol. 20 f.

<sup>141)</sup> Nikola Živković, *Kontribucije u Srbiji 1941—1944. god.* [Kontributionen in Serbien 1941—44]: *Vojnoistorijski glasnik*, 1970, 1, S. 202.

<sup>141a)</sup> Deutsches Zentralarchiv/Potsdam, Dt. Heeresmission Rumänien, Bd. 30, Bl. 42. Vgl. auch Memorandum der rumänischen Regierung vom 10. I. 1943 an AA (Fotokopie), betr. Militärische, wirtschaftliche und finanzielle Lage Rumäniens, PA/AA, Ha. Pol., Handakten Wiehl, Rumänien, Bd. 18. Die von den deutschen Truppen in Rumänien bezogene Gesamtsumme an Stationierungskosten wird von Bălteanu auf 67 Mrd. Lei (Valuta 1938) geschätzt, s. B. Bălteanu, *Aspecte ale aservirii economice a României de către Germania hitleristă* [Aspekte der Ausbeutung Rumäniens durch Hitlerdeutschland]: *Studii Revista de Istorie*, 12 (1959), 6, S. 23.

<sup>141b)</sup> Zit. nach Schwabe, a.a.O., S. 212 f.



**2. Deutschlands Außenhandel mit Südosteuropa (reiner Warenverkehr) 1939—1944**  
(in 1000 RM)<sup>a)</sup>

	1939		1940		1941		1942		1943		1944 <sup>b)</sup>	
	Ein-	Ausfuhr	Ein-	Ausfuhr	Ein-	Ausfuhr	Ein-	Ausfuhr	Ein-	Ausfuhr	Ein-	Ausfuhr
Bulgarien	110 960	97 811	176 835	162 250	187 442	260 388	286 126	289 119	292 821	367 407	302 934	278 064
Griechenland	92 122	85 479	93 020	60 279	81 206	10 456	130 039	58 571	103 450	75 681	22 289	54 483
Jugoslawien	131 501	<b>181 273</b>	239 719	<b>317 055</b>	83 836 <sup>c)</sup>	<b>90 898<sup>c)</sup></b>	—	—	—	—	—	—
Kroatien					34 957 <sup>d)</sup>	<b>54 788<sup>d)</sup></b>	77 900	<b>177 800</b>	104 239 <sup>*</sup> )	<b>319 391</b>	48 870	<b>490 202</b>
Serbien					43 706 <sup>d)</sup>	13 230 <sup>d)</sup>	120 801	43 958	192 559	70 258	90 489	52 290
Montenegro					11 <sup>d)</sup>	—	45	2	1	7	—	—
Rumänien	209 509	<b>216 676</b>	427 063	350 142	346 552	<b>434 870</b>	428 682	<b>716 087</b>	323 372	<b>994 934</b>	172 881	<b>442 795</b>
Slowakei	44 216 <sup>e)</sup>	44 042	199 737	<b>216 056</b>	214 563	<b>257 872</b>	281 212	<b>306 695</b>	265 386	<b>321 016</b>	141 238	<b>172 186</b>
Ungarn	222 503	<b>228 698</b>	207 262	<b>298 286</b>	351 165	349 880	540 936	430 826	615 258	<b>672 000</b>	429 411	<b>447 610</b>

a) Halbfette Ziffern bedeuten einen deutschen Überschuß

b) Januar—Juli 1944

c) Januar—Mai 1941

d) ab Juni 1941

e) ab April 1939

\*) Diese Zahl weicht stark von den im Text gemachten Angaben ab. Das Zustandekommen dieser Differenz ist aus den Akten nicht ersichtlich.

**Quelle:** Außenhandelsbilanzen Großdeutschlands (nur für den Dienstgebrauch), PA/AA, Ha. Pol., Handakten L. R. Junker (15/1,2,3) und Ha. Pol., Handakten Waldern (27/5).



Auf diesen letzten — für die betroffenen Länder besonders bedenklichen — Punkt wird im folgenden Unterkapitel noch einmal einzugehen sein.

Auf der anderen Seite belasteten die ungewöhnlich hohen Steigerungen der Preise und Löhne in den meisten südosteuropäischen Ländern (vor allem in Kroatien, Rumänien<sup>142)</sup> und Griechenland<sup>143)</sup>) die Konten des Dritten Reiches stärker, als es den Leistungen dieser Staaten entsprochen hätte. Die Gesamtverschuldung Deutschlands war Ende 1939 noch minimal gewesen, Ende 1940 betrug sie 953 Mio., Ende 1941 schon 3,2 Mrd., um von da an ständig weiter zu steigen und Anfang 1944 annähernd 15 Mrd. RM zu erreichen<sup>144)</sup>. Diese Schulden waren als Waren- und Clearingschulden nicht wie die früheren Weltkriegsschulden oder die Lend- und Lease-Schulden politisch, sondern kommerziell abgestempelt und zwangen die deutsche Seite, ihre Bereitwilligkeit einer Begleichung nach dem Kriege stets von neuem zu betonen, „obwohl jetzt“, wie Reichsfinanzminister *Schwerin v. Krosigk* Mitte 1942 mit bemerkenswerter Offenheit hinzufügte, „in keiner Weise feststeht, ob und wie das einmal möglich sein soll“<sup>145)</sup>. Soweit das Anwachsen der Clearingschuld auf Mehreinfuhr oder reale Mehrbelastung durch Wehrmächtsausgaben in den betreffenden Ländern hätte zurückgeführt werden können, wären die hieraus entstehenden Gefahren — zunehmende Lieferunwilligkeit (erinnert sei an Rumänien<sup>146)</sup>) — in Kauf genommen worden. Soweit diese Zahlungen jedoch — wie in Kroatien u. a. Ländern — auf unechte Preise zurückgingen, die infolge der starren Relation der Reichsmark zu den verschiedenen Währungen das Reich einseitig belasteten, glaubte der Reichsfinanzminister diese Entwicklung nicht verantworten zu können:

„Zugespitzt kann man sagen, daß die steigende Lieferunwilligkeit der mit uns im Handelsverkehr stehenden Länder . . ., die auf unsere ständig zunehmende Clearingverschuldung zurückzuführen ist, von uns selbst künstlich herbeigeführt wird dadurch, daß wir die Einfuhr zu Inflationspreisen bezahlen, unsere Ausfuhrpreise nicht entsprechend steigern und so die steigende Clearingverschuldung verursachen. Wenn dieser Verschleuderung deutscher Arbeit nicht Einhalt geboten werden kann, befürchte ich schwere Erschütterungen unserer wirtschaftlichen Stellung.“<sup>147)</sup>

Gleichzeitig kam es aber darauf an, „zu verhindern, daß die Länder, deren Potential wir in Anspruch nehmen, vorzeitig absacken“.

---

<sup>142)</sup> Vgl. dazu Or low, a.a.O., S. 160, Anm. 54.

<sup>143)</sup> Vgl. Paul Hahn, Die griechische Währung u. währungspolitische Maßnahmen unter der Besetzung 1941—44, Tübingen 1957 (Studien des Instituts f. Besatzungsfragen, 10), S. 21.

<sup>144)</sup> Siehe Anm. 112!

<sup>145)</sup> Schreiben des Reichsfinanzministers Y 5090—60 Vg v. 15. 7. 42 an mehrere oberste Reichsbehörden, betr. zweckmäßigere Gestaltung der finanzwirtschaftl. Beziehungen zur Sicherung eines kriegswirtschaftlichen Optimums, BA, R 7 X/327, fol. 18 ff.

<sup>146)</sup> Vgl. dazu Or low, a.a.O., S. 170.

<sup>147)</sup> Siehe Anm. 145!

„Der Gedanke des multilateralen Clearings und der beherrschenden Stellung der Reichsmark gerät völlig in Mißkredit, wenn die Welt sieht, daß das starke Deutschland politisch nicht einmal in der Lage ist, sachlich richtige Clearing- und Kursrelationen ohne Zuhilfenahme des Goldes durchzusetzen, es vielmehr geschehen lassen muß, daß die Inflation der Balkanländer usw. in weitem Umfang auf Kosten der Reichsmark erfolgt.“<sup>148)</sup>

*Schwerin v. Krosigk* forderte daher, „daß Deutschland als der Hauptträger des Kampfes stärker kriegswirtschaftliche Rücksichten verlangen kann“. Die von ihm angestrebte Änderung der Paritäten erfolgte jedoch aus politischen Rücksichten nicht. Stattdessen arbeitete man mit einem unpraktikablen System der Angleichung und Abschöpfung von In- und Exportpreisen<sup>149)</sup>, so daß die nationalsozialistische Konzeption eines europäischen Gesamtclearings auch in dieser Hinsicht zum Scheitern verurteilt war. An seine Stelle traten die erst nach dem Krieg auszugleichenden Zwangskredite.

### 6. Auswirkungen auf die Binnenwirtschaft der südosteuropäischen Staaten

Das Anwachsen der deutschen Clearingschulden war teils Ursache, teils Folge der inflationären Entwicklung in den südosteuropäischen Ländern. Hinzu kamen die steigenden Ausgaben dieser Staaten für die Kriegführung, Instandsetzungsarbeiten u. a. Die Summe der in Kroatien für die Truppen der Achsenmächte bis Ende 1943 aufgewandten Kosten belief sich auf rund 14 Mrd. Kuna<sup>150)</sup>, ein Betrag, der zwar im USK ausgegeben wurde, dem jedoch keine entsprechende Wareneinfuhr oder gesteigerte Produktion gegenüberstand. Dieses Mißverhältnis trieb nicht nur die Preise ständig in die Höhe, sondern zwang auch die kroatische Regierung dazu, die künftigen Anforderungen der deutschen Wehrmacht durch neuen Notendruck und neue Verschuldung des Staates aufzubringen. Der Notenumlauf erhöhte sich so innerhalb von vier Jahren von 8,5 Mrd. auf 128,05 Mrd. Kuna<sup>151)</sup>.

Steigerung des Notenumlaufs in der Slowakei, Ungarn und Kroatien 1941 bis 1944:

	1941	Index	1944	Index
Slowakei (Mrd. Ks.) <sup>152)</sup>	2,4	100	8,6	358
Ungarn (Mrd. Pengő) <sup>153)</sup>	1,98	100	12,18	610
Kroatien (Mrd. Kn.) <sup>154)</sup>	8,5	100	128,05	1506

<sup>148)</sup> Ebenda.

<sup>149)</sup> Sundhaußen, a.a.O., S. 376 ff.

<sup>150)</sup> Vermerk *Breyhans* (Reichsfinanzministerium) Y 5200/1—V v. 3. 11. 44 über Vorbesprechung im RWM am 1. 11. 44 über dt.-kroat. Regierungsausschußverhandlungen, BA, R 2/30925, fol. 129 f.

<sup>151)</sup> Übersicht über die Aktiva und Passiva der Kroatischen Staatsbank am 30. 11. 44 (Abschr.), BA, R 2/30673, fol. 111.

<sup>152)</sup> Dress, a.a.O., S. 110.

<sup>153)</sup> Berend — Ránki, a.a.O., S. 354.

<sup>154)</sup> Stand von Ende Nov. 44. Die Zunahme betrug zu dieser Zeit mehr als 15 Mrd. Kuna monatlich!

Parallel zum Anwachsen des Geldumlaufs stand die zunehmende Staatsverschuldung. Ende 1943 betrug die kroatische Staatsschuld 43,86 bei einem Geldumlauf von 43,61 Mrd. Kuna<sup>155</sup>). Ein Jahr später hatte sie sich bereits auf 110 Mrd. Kuna erhöht<sup>156</sup>), erreichte also annähernd den Umfang der im Verkehr befindlichen Noten. In der Slowakei lagen die Verhältnisse ähnlich<sup>157</sup>). Die Verschuldung bei den jeweiligen Staatsbanken war für die meisten südosteuropäischen Länder die einzige Quelle für die Deckung des Abgangs im Staatshaushalt bzw. die Vorfinanzierung der deutschen Clearingschulden. In Ungarn waren beispielsweise 45 % des gesamten Banknotenzuwachses zwischen 1938 und 1944 von den deutschen Schulden verursacht worden<sup>158</sup>). Auch in Kroatien, der Slowakei, Rumänien<sup>158a</sup>) und Bulgarien<sup>158b</sup>) spielten die Zwangskredite eine vergleichbare Rolle, mit der Einschränkung allerdings, daß die Inflation im USK Ende 1944 ein Ausmaß annahm, bei dem die deutschen Wehrmachtsanforderungen kein ausschlaggebendes Gewicht mehr hatten.

Die unausbleibliche Begleiterscheinung von Inflation und kriegsbedingter Warenverknappung — man denke etwa an die Versorgung der Besatzungstruppen, die Umstellung großer Produktionsbereiche auf die Erzeugung nicht vermarktbarer Güter oder an die wirtschaftlichen Folgen der Widerstandsbewegungen (vor allem in Jugoslawien) — war die Herausbildung von Schwarzmärkten, die auch durch weitgehende dirigistische Eingriffe der betreffenden Regierungen (Festsetzung von Rationen und Höchstpreisen sowie staatliche Approvisation u. ä.) nicht verhindert werden konnte und erheblich zur sozialen Desintegration breiter Bevölkerungsschichten beitrug. In Kroatien beispielsweise konnte der Staat Ende 1943 nurmehr durchschnittlich 6—7 % (!) der tatsächlich lebensnotwendigen Nahrungsmittel an die Bevölkerung zur Verteilung bringen<sup>159</sup>). „Bei einem derartigen Stand muß man sich fragen“, schrieb der Bürgermeister von Sarajevo an die Zagreber Regierung, „wovon die Bevölkerung eigentlich lebt“<sup>160</sup>). Die Gründe für den völligen Mißerfolg der Rationierungsmaßnahmen im Ernährungssektor — wie

<sup>155</sup>) Bericht der Kroatischen Staatsbank für 1943, BA, R 2/30673, fol. 163 f.

<sup>156</sup>) Bericht Nr. 1 der deutschen Delegation zu den Regierungsausschußverhandlungen vom 21. 11. 44 an AA, Anl. 1: Vermerk über Finanzsituation Kroatiens, BA, R 2/30673, fol. 293 ff.

<sup>157</sup>) Vgl. Dress, a.a.O., S. 109.

<sup>158</sup>) Berend — Ránki, a.a.O., S. 355.

<sup>158a</sup>) Schwabe, a.a.O., S. 212.

<sup>158b</sup>) Vgl. David Koen, *Finansiraneto na germanskite okupacionni vojski v Bulgarija i otražieneto mu vürchu narodnoto stopanstvo (1941—1944 g)*. [Die Finanzierung der deutschen Besatzungstruppen in Bulgarien und ihre Auswirkung auf die Volkswirtschaft, 1941—1944]: *Izvestija na dūržavnite arhivi*, 3 (Sofija 1959), S. 81—153.

<sup>159</sup>) Lemesic, a.a.O., S. 101.

<sup>160</sup>) Bericht des Ministeriums f. Bauernwirtschaft Nr. 346—U. M.—1943 v. 2. 12. 43 an das Innenministerium (darin der Text des Telegramms aus Sarajevo), Institut za historiju radničkog pokreta Hrvatske, Min. seljačkog gospodarstva i prehrane 1943/44, k. 135, f. 6.

übrigens auch im Bereich anderer entscheidender Verbrauchsgüter wie Textilien, Seife usw. — waren einerseits auf organisatorische Mängel des Erfassungssystems, andererseits auf die Eingriffe der Achsenmächte und auf die passive Resistenz der Landbevölkerung gegen die vom Dritten Reich diktierte „Neuordnung“ zurückzuführen. Beurteilt man daher die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in Südosteuropa in ihrer Gesamtheit und berücksichtigt das starke Vordringen deutschen Kapitals in die volkswirtschaftlichen Schlüsselpositionen der einzelnen Länder, die Umstellung ganzer Produktionsbereiche auf die kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse des Reiches, die restlose Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials und das System der vornehmlich militärisch bedingten Zwangskredite samt den verheerenden Rückwirkungen auf die Haushalts- und Finanzpolitik der südosteuropäischen Staaten, so wird man sich der pointierten Feststellung Milwards nicht verschließen können: „An der ‚Neuen Ordnung‘ war wenig neu und noch weniger war in Ordnung.“<sup>161)</sup>

---

<sup>161)</sup> Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939—1945, Stuttgart 1966 (Schriftenreihe d. Vjh. f. Zeitgesch., 12), S. 51.